Abonnementspreis
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Nach der Arbeit" vierteljährlich: Bringerlohn 80 Pf., bei Gratisabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Zeitungsliste 6962) pro Vierteljahr M. 2.75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
nur Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I. Nr. 1769.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 Pf. berechnet und bei mehreren tageslangen Wiederholungen unter Rabatt berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geöffnet von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I. Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 142. | Dresden, Dienstag den 24. Juni 1902. | 13. Jahrg.

Musterbetriebe.

Es gab eine Zeit, wo dies Wort sehr im Schwange war. Wurde es doch von „höchster Stelle" in das öffentliche Leben hineingesprochen, gewissermaßen als Mahnung an das Unternehmertum. Es sollte damit gesagt sein, daß die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, daß eine gewisse Grenze nicht zu überschreiten sei. Dem Arbeiter sollte ferner Willensfreiheit und Gleichberechtigung mit anderen Staatsbürgern garantiert sein. Der Staat und die Kommunen sollten privaten Unternehmern mit gutem Beispiel vorangehen.

Es ist über zehn Jahre her, seit jenes Wort geprägt wurde; die Arbeiter haben sichs sehr gut gemerkt und die herrschende Gesellschaft, wo immer nur Gelegenheit war, daran erinnert. Es hat nichts genützt. Weder Reich, noch Staat, noch Kommune haben je daran gedacht, das Wort von den Musterbetrieben in die Wirklichkeit zu übertragen. Ihre Betriebe sind vielfach Musterbetriebe im schlimmen, im schlimmsten Sinne geworden: Betriebe, wie sie in Rücksicht auf die soziale Lage der Arbeiter **nicht sein sollen!** Besonders **ein** charakteristischer Zug ist im allgemeinen in den staatlichen und kommunalen Betrieben erkennbar: Die Tendenz, die Arbeiter nach allen Richtungen hin, bis ins Privatleben hinein, zu **bevormunden**, ihnen ihre **Unabhängigkeit und Gewissensfreiheit auf politischem Gebiet zu nehmen**, ein System, unter dem der gute und folgsame, sich alles gefallenlassende indifferente Arbeiter Aussicht auf gewisse Vorteile vor andern Arbeitern hat.

Diese Tendenz hat in ganz ausgesprochener Weise die „Allgemeine Arbeitsordnung", die jetzt der Rat der Stadt **Dresden** für die in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter ausgetüftelt hat. Etwas die Arbeiter Entwürdigenderes, mehr Bevormundendes, als es in den 51 Paragraphen ausgedrückt ist, dürfte in gleicher Art nicht so leicht zu finden sein. Die Arbeitsordnung des Dresdner Rates geht nirgends über den Rahmen der gewöhnlichsten „Arbeiterfürsorge" hinaus, ohne den Arbeitern aber **ein Recht** darauf zu geben. Dieses Statut kennt nur **Pflichten** der Arbeiter, und fordert Botmäßigkeit und unbedingten Gehorsam von ihnen. Nicht genug damit, sucht es die dem Arbeiter sonst zustehenden **gesetzlichen Rechte** direkt und indirekt auszuschalten. Ein anderes Kennzeichen ist die Dehnbarkeit und Unklarheit vieler Bestimmungen, durch die der Willkür einzelner Personen Thür und Thor geöffnet ist.

Nach den **Annahmebedingungen** müßte man freilich meinen, der Arbeiter, der so glücklich ist, bei dem Rat der königl. Haupt- und Residenzstadt Dresden Beschäftigung zu finden, hat etwas ganz Besonderes erreicht. Voraussetzung für die Annahme ist nämlich, daß ein Arbeiter

„bei seinem Eintritt in das Arbeitsverhältnis nicht unter 21 und nicht über 40 Jahre alt ist; die erforderliche Gesundheit und körperliche Rüstigkeit, insbesondere ein ausreichendes Seh- und Hörvermögen, sowie die nötige Gewandtheit und Befähigung besitzt; soweit er nicht bei einer außerhalb des Gemeindebezirks gelegenen Arbeitsstelle beschäftigt werden soll, in der Stadt Dresden wohnt; sich achtbar und unbescholten geführt hat; nicht aus einem städtischen Betriebe unter Umständen entlassen worden ist, die seine Wiederannahme im Interesse der Stadtgemeinde als unthunlich erscheinen lassen."

Mehr kann man bald nicht gut verlangen. Wenn der Rat den Begriff „unbescholten" so auslegt, wie er es früher bei den um das Bürgerrecht Nachsuchenden that, so muß er eine wahre Mustertruppe von Arbeitern bekommen. Wenn ein Mensch mal aus irgend einem Grunde einen Tag im Gefängnis war, dann kann er nicht der Ehre teilhaftig werden, städtischer Arbeiter von Dresden zu sein.

Nach zehn Jahren wird der Arbeiter „ständig". So leicht ist das freilich auch nicht, denn es wird außer den Annahmebedingungen dann noch verlangt, daß er „leistungsfähig, fleißig, nüchtern" ist, daß er „sich innerhalb **wie außerhalb des Dienstes gut geführt** hat." Kerngesund muß er ebenfalls immer noch sein, und es wird darüber ein ärztliches Zeugnis verlangt. Ist der Arbeiter in den zehn Jahren, die er im Ratsbetriebe beschäftigt war, krank **geworden**, dann — ja was geschieht dann?! Das „ständig"werden geht übrigens sehr feierlich vor sich:

„Die Aufnahme unter die ständigen Arbeiter erfolgt durch den Amtsvorstand oder seinen Beauftragten. Der Aufzunehmende hat dabei **zu Protokoll das eidesstattliche Versprechen** abzugeben: dem **Könige treu und gehorsam** zu sein, die Gesetze des Landes und die Landesverfassung, sowie die ortsgesetzlichen Bestimmungen der Stadt Dresden zu beobachten, diese Arbeiterordnung und die besonderen Dienstvorschriften genau zu befolgen und den **Vorgesetzten gehorsam** zu sein."

Diese Formel entspricht so ungefähr der, mit der man beim Militär die Rekruten vereidigt. Sie dürfte in der Hauptsache gegen politisch oppositionell Denkende, gegen sozialdemokratische Arbeiter gerichtet sein; der Zweck ist offensichtlich. Doch mit alledem ist der Rat dem „ständigen" Arbeiter noch zu gar nichts verpflichtet. Der § 6 sagt:

„Durch die Aufnahme und die Eintragung in die Liste der ständigen Arbeiter giebt der Rat, unter völliger Wahrung seines Rechtes, **nach freiem Belieben das Arbeitsverhältnis zu kündigen**, zu erkennen, daß er in Aussicht genommen hat, den betreffenden Arbeiter bei weiterer zufriedenstellender Führung und Leistung und bei weiterem Vorhandensein ständiger Arbeit auf die Dauer zu beschäftigen."

Alles, was der Arbeiter dann gebessert wird, **kann** der Rat gewähren, aber der Arbeiter darf es nicht **verlangen**, er hat kein **Recht** darauf. Und er hat, wie gesagt, nur dann „Aussicht", eine winzige Besserung zu erreichen, wenn er fleißig, artig, gehorsam und wer weiß was noch ist, wenn er mit einem Wort ein **möglichst brauchbares, willenloses Arbeitsinstrument** ist. Und was versprochen wird, ist herzlich wenig. Der § 23 bestimmt darüber folgendes:

„Ständige Arbeiter erhalten bei befriedigender Führung eine jährliche, am 15. Dezember jeden Jahres in einer Summe auszuzahlende Lohnzulage in folgender Höhe: für das 11. bis 15. Dienstjahr 30 M., für das 16. bis 20. Dienstjahr 40 M., für das 21. und die folgenden Dienstjahre je 50 M. Außerdem erhalten sie nach Vollendung des 25. Dienstjahres eine einmalige Ehrengabe in Höhe von 100 M. Für die Berechnung der Dienstjahre ist § 5 Absatz 2 und 3 maßgebend. Ein **rechtlicher Anspruch** auf die Lohnzulagen und die Ehrengabe steht dem Arbeiter **nicht** zu."

Weiter wird — immer unter den schon gekennzeichneten Vorbehalten — bis 6 Tage Urlaub im Jahre, eine „Ruhelohn- und Hinterbliebenen-Versorgung" in Aussicht gestellt. Alles aber en miniature, analog den Lohnzulagen. Alle diese winzigen materiellen Vorteile werden aber nicht nur äußerst vorsichtig gewährt, sondern können auch, ganz nach Gutdünken des Rates, **wieder entzogen** werden, wenn sie gewährt wurden. Der Ruhelohn ist auf 25 bis 60 Prozent des Jahresverdienstes festgesetzt; das Witwengeld beträgt 20 Proz., das Waisengeld für jedes Kind ein Fünftel des Witwengeldes. Werden von anderer Seite — vom Reich, Erfurt usw. — solche Unterstützungen gewährt, so gelten die [illegible] Renten nur als Zuschuß bis höchstens zum 7½fachen Betrag der Reichs-Invalidenrente. Die Rentenbeträge werden nicht, bezw. nicht weiter gezahlt, wenn die Witwe wieder geheiratet hat, wenn sie 25 oder mehr Jahre jünger ist, als der verstorbene Ehemann und wenn die Ehe geschieden war oder erst während des letzten Krankenlagers des Arbeiters oder nach erfülltem 60. Lebensjahre des Arbeiters oder nach dessen Eintritt in den Ruhestand geschlossen worden ist. Also auch in dieser Beziehung Vorsicht nach allen Regeln der Kunst. Die Waisenversorgung endet mit dem 15. Lebensjahre des Waisenkindes.

Von den **Pflichten des Arbeiters** speziell handeln zehn Paragraphen. Bis ins kleinste Detail wird vorgeschrieben und reglementiert, wie der Arbeiter sich zu betätigen und wie er zu parieren hat. Die lächerlichsten, nichtssagenden Sätze sind darin enthalten, so z. B. heißt es: „Jeder Arbeiter soll den Nutzen der städtischen Verwaltung nach Kräften zu fördern bestrebt sein", oder: „Der Arbeiter hat sich gegen seine Mitarbeiter friedfertig und hilfsbereit und gegen das Publikum gefällig und anständig zu betragen." Wenns auch Unsinn ist, so liegt Methode drin; hat man ja noch etwas zu rubrizieren vergessen, dann sind diese allgemeinen Vorschriften immer anwendbar. — Eine sehr böse Bestimmung ist die, daß ein Arbeiter für einen Schaden, den er „selbst verschuldet" hat, in **vollem Umfange haften muß.** Das ist außerordentlich hart für die Arbeiter, denn man wird in ihnen natürlich immer den Schuldigen suchen, wenn ihre Unschuld nicht ganz klar nachzuweisen ist.

Das **Strafsystem** ist in einer Weise ausgebaut, wie es rücksichtsloser kein Privatunternehmer thun kann. Es wird darin bis an die **äußerste gesetzlich zulässige Grenze** gegangen. Ja, es ist noch ein übriges vorgesehen, indem unter Umständen die **Aussperrung von der Arbeit auf eine Woche** erfolgen kann. Viele Privatunternehmer können hier etwas vom Rat zu Dresden in ihrem Interesse lernen! Auch die „Rückfälligkeit" soll offenbar nach Art des Strafgesetzes den nötigen Einfluß haben, denn es wird bestimmt:

„. . . . Die Strafen müssen ohne Verzug verhängt werden und sind sofort **in ein Verzeichnis einzutragen**, das den Namen des Bestraften, den Tag und den Grund der Bestrafung, sowie die Höhe der Strafe enthält."

Es würde dieser famosen Arbeitsordnung entschieden etwas fehlen, enthielte sie diesen Passus nicht. **Die Ausschaltung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches**, der bekanntlich bestimmt, daß den Arbeitern der Lohn nicht verkürzt werden darf, wenn sie ohne Schuld auf eine nicht erheblich lange Zeit nicht arbeiten können, ist nach Berliner Muster natürlich auch für die städtischen Arbeiter Dresdens durchgeführt worden. Darüber sagt der § 21:

„Der Lohn wird vorbehältlich der nachfolgenden Bestimmungen nur für die **wirklich geleistete** Arbeitszeit berechnet; die Anwendung von § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich wird **ausgeschlossen**."

Die Fanfare.

Roman von Fritz Mauthner.

(20. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

Das Gespräch mit dem Vater hatte Richard merklich abgekühlt. Er hatte sich in seiner ersten Ergriffenheit nach der Nähe des berückenden Weibes gesehnt, und jetzt, wo der Vater geradezu Leontinens Besitz vor seine Vorstellung gebracht hatte, jetzt war es mit seiner Glut vorbei. Nicht gerade ungern, aber doch mit dem Gefühl der Pflicht ging er zu seiner Frau Nachbarin. Doch nahm er ihre herzlichen Glückwünsche froh entgegen und versprach seine thätige Mitwirkung für die Probeaufführung, die große musikalische Gesellschaft am dritten Weihnachtsfeiertag.

Bis dahin hatte er fast keine Ruhe. Nur wenige von den Sängern und Sängerinnen, welche die Arien, die Duette und das große Quintett aus dem dritten Akt ausführen sollten, kannten bereits ihre Aufgaben, und Richard mußte unausgesetzt besuchen, bitten und treiben. Die Zeit war kurz und das Durcheinander der Festtage weder für ihn noch für die Künstler günstig.

Den Weihnachtsabend verbrachte er mit seinem Vater bei Leontine. Man hatte sich gegenseitig reiche Geschenke gemacht, aber es war kein Baum angesteckt worden. Es hieß, Frau Leontine dürfe an Kinderglück nicht erinnert werden. Der Abend verging unter musikalisch-geschäftlichen Gesprächen; über die Stimmen der Künstler, über die Länge der einzelnen Nummern und über die Wahl der einzuladenden Gäste. Richard war nicht recht bei der Sache. Der Weihnachtsabend mit seinem Lichterglanz und Kinderjubel war ihm aus seiner Kinderzeit nur noch in nebelhafter Erinnerung. Dann hatte er das Fest langsam vergessen lernen und erst in England, als er zu dem fremdartigen Treiben der dortigen Feier hingezogen wurde, war die Sehnsucht nach dem deutschen Christbaum wieder erwacht. Dreimal hatte er unter dem Mistelzweig Johannas gedacht und das letztemal im fremden Lande unter fremden Menschen plötzlich — zum nicht geringen Entsetzen der Hausfrau — aufgejauchzt in der Hoffnung auf den nächsten deutschen Weihnachtsbaum an der Seite des geliebten Mädchens. Und nun saß er da zwischen seinem guten Vater und der schönen Freundin, und es war ihm trüber zu Mut als drüben unter den wildfremden Leuten.

War er denn ein Kind, daß ihm der Christbaum und der Lichterglanz so fehlten? Wo Johanna den Abend wohl feierte? Vielleicht war der Bruder zu Hause und erzählte lustige Garnisonsgeschichten. Vielleicht hatte das Malermodell noch übermütigere Gesellschaft gefunden. Der Diener mußte vor Richard ein zerbrochenes Weinglas ersetzen.

Nein, Johanna war gewiß unglücklich wie er und dachte seiner, wie er ihrer gedachte und in stillem Brüten auf ihr Wohl ein Glas um das andere leerte. Alle drei waren sie unglücklich, die zusammen gehörten, er wußte nicht warum. Johanna und er und Doktor Bode, der arme Mensch, der im Gefängnis gewiß auch keinen Christbaum hatte.

Richard hielt es nicht länger aus. Er empfahl sich früh und verließ auch seinen Vater vor der Hausthür. Er mußte noch etwas Luft schöpfen. Der alte Mettmann lächelte pfiffig und sagte ihm „Gute Nacht!"

Richard sprang in die nächste Droschke, die leer vorüberfuhr, und befahl dem Kutscher, in der Leipziger Straße oder Unter den Linden vor irgend einem Blumengeschäft, das noch offen war, stehen zu bleiben. Natürlich wollte er nur Frau Rätke eine Freude machen, aber so lange auch die Droschke durch die frohe heilige Nacht im Zickzack umherfuhr, kein Laden war mehr erleuchtet.

Da sprang Richard am Potsdamer Thor wieder aus und kaufte einer Budenbesitzerin, die eben jammernd den Weihnachtsmarkt beschließen wollte, ihren halben Kram ab, lauter unnützes, elendes Kinderspielzeug. Frau Rätke wird herzlich lachen; noch ist das Kind nicht da, aber es wird bald erwartet, und Frau Rätke wird den Scherz nicht übelnehmen. Vorläufig ist ja schon das alte Weib über das Geschenk so glücklich.

Richard sah sich lange vergeblich nach einem Boten um. Da kam ein Arbeitsmann des Weges, der brummte etwas wie: „Ich bin kein Dienstmann!" in den Bart, als Richard ihn anrief.

Da er aber ärgerlich hinzufügte, der Mann könne einen Thaler verdienen und dadurch überdies zwei Menschen eine kleine Weihnachtsfreude machen, da sagte der Arbeiter mit trotziger Stimme:

„Geben Sie her! Ich bin ja nur ein armer Mann, der sonst nicht so leicht einen Thaler verdient. Das ist ja all Unsinn!"

Richard übergab ihm den großen Pack für die Großgörschenstraße, aber er hatte noch einen zweiten Auftrag für die Alvensleben-straße. Heimlich, rasch, als wollte er sich's selber nicht gestehen, nahm Richard dem müde auf und ab hinkenden alten Blumenhändler den ganzen Rest von Veilchensträußen ab, füllte sie in eine große Papierdüte und schickte das Ganze wieder ohne Karte an Johanna.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Johannas liebste und lohnendste Arbeit war immer noch das Bemalen der Thontiegelchen in Tisselbofs Fabrik. Der Meister selbst war jetzt nicht mehr so sentimental wie während der Zeit, da er von dem Lande der Sehnsucht sprach und an seinem Bilde malte; er verletzte sogar ihre Gewohnheiten oft durch grenzliche Redensarten über die Kunst und über die Künstler. Doch es war nicht böse gemeint, und Johanna hatte zu viel Verehrung für seinen Namen, um sich nicht in diese Dinge zu fügen.

Ihr häusliches Leben hatte sich in den letzten Wochen doch ein wenig verändert. Immer noch hielt die verwitwete Kriegsrätin auf ihre Würde, ihr altes Seidenkleid und ihre rätselhafte Mantelrelikie, aber vor dem Weihnachtsfeste häuften sich ihre Bedürfnisse für Adolf so sehr, daß sie Johannas Erwerbsthätigkeit auch unter ihren Augen duldete. Die alte Dame suchte selbst in den Anzeigen der Blätter, die ihr veraltet zukamen, Beschäftigung für Adolfs Schwester aus. Für Unterricht im Französischen und Englischen und im Klavierspiel konnte sie sich anbieten. Die Erziehung hatte ja schweres Geld gekostet. Bei allem Eifer konnte sie jedoch nur wenige Stunden der Woche mit solcher Thätigkeit ausfüllen. In der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020624/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Darauf folgen nun einige Bestimmungen, die das, was der § 616 dem Arbeiter rechtmäßig giebt, von der Gnade und Laune der städtischen Arbeitgeber abhängig machen. — In rücksichtsloser Weise greift der § 16 in die privaten Angelegenheiten der städtischen Arbeiter ein. Es heißt da der letzte Absatz:

„Zur Verwaltung von Geldsammlungen unter der Arbeiterschaft bedarf es der Genehmigung des vorgesetzten Kommunalamtes. Den Arbeitern ist **verboten**, sich zu Gewerbe- oder Wirtschaftsgenossenschaften zu vereinigen oder an solchen zu beteiligen."

Dieser Passus verstößt zweifellos gegen die guten Sitten, indem er den Arbeitern die Ausübung eines wichtigen Reichsrechts, das Verhandeln von wirtschaftlichen Vorteilen, direkt verbietet. Der Rat zu Dresden ist hier offenbar den Intentionen der verbohrtesten Mittelstandspolitiker gefolgt, die den Konsumvereinen das Lebenslicht ausblasen möchten. Was die Arbeiter mit ihrem Gelde machen, konnte dem Rat wohl auch egal sein; man will wahrscheinlich aber ein allemal wissen, zu welchem Zweck Geld gesammelt werden soll. Ob man das Sammeln für sozialdemokratische Parteizwecke oder für die Gewerkschaft auch erlauben wird?

Zur sofortigen Entlassung bringt man außer den gesetzlichen, auf die hingewiesen wird, noch eine ganze Menge Gründe. Taxuber giebt § 13 Auskunft:

Ein ständiger Arbeiter kann außerdem ohne Ankündigung sofort entlassen werden, wenn in einem Strafverfahren durch rechtskräftigen Beschluß seine Verhaftung angeordnet ist, wenn die Eröffnung gerichtlicher Untersuchung wegen eines Vergehens oder Verbrechens gegen ihn beschlossen ist, wegen dessen auf Verlust der Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter erkannt werden kann, wenn er sich gegen die Stadtarbeiter grober, mit Körperverletzung verbundener Tätlichkeiten schuldig gemacht hat, wenn er während der Arbeitszeit und auf der Arbeitsstelle betrunken erscheint, wenn er Handlungen begeht, die eine Täuschung der Vorgesetzten zum Zwecke haben, wenn er andere zu Handlungen gegen das Interesse der Stadtgemeinde auffordert, wenn er von der Arbeit über 24 Stunden hinaus unentschuldigt wegbleibt, wenn er sich überhaupt grobe Pflichtverletzung zu schulden kommen läßt."

Auch diese Bestimmungen passen ganz in den Rahmen dieser „Arbeiterordnung". Zum Schluß sei noch erwähnt, daß Arbeiterausschüsse gebildet werden sollen, und zwar durch geheime Wahl. Damit aber kein Unkraut unter den Weizen kommt, wählen nur die ständigen, also die ob ihrer guten Gesinnung und ihrer absoluten Folgsamkeit siebenmal geprüften. Da wird man schon „brauchbare" Arbeiterausschüsse erhalten!

Wir haben nur die wesentlichsten, die Tendenz dieser Arbeiterordnung anzeigenden Bestimmungen unter die kritische Lupe genommen. In seiner ganzen Schönheit erglänzt das Ding aber erst, wenn man es von Anfang bis zu Ende im Zusammenhang durchsieht. Die Dresdner städtischen Körperschaften sind ja schon immer wegen ihrer geringen sozialpolitischen Einsicht, ihrer Arbeiterfeindlichkeit bekannt gewesen, und wir haben ja genug Gelegenheit gehabt, das an einzelnen Beispielen nachzuweisen. Diese Arbeiterordnung ist aber das Schlimmste, was sie bisher auf diesem Gebiete geleistet haben. Sie kann allen anderen Kommunen, die sich nicht auf gleiche Stufe stellen wollen, als abschreckendes Beispiel dienen, als ein Muster, wie man so etwas nicht machen soll.

Politische Uebersicht.

Der Abgang des Kanalministers.

In der tragischen Schar der während der Regierungszeit Wilhelms II. verbrauchten Minister gesellt sich jetzt auch Herr von Thielen. Nach einjähriger, an Niederlagen, Mißerfolgen und Fehlgriffen reichen, leidenden Thätigkeit bekam er gestern neben seinem Abschied den schwarzen Adlerorden und — einen General zum Nachfolger. Herr Budde ist der Auserwählte.

Thielens Rücktritt wird mit den üblichen Gesundheitsrücksichten motiviert; da der Mann 71 Jahre alt ist, so klingt der Grund plausibler als sonst. Die Hauptsache ist aber: der alte Minister, der das Wort sprach „gebaut wird er (nämlich der Mittellandkanal) doch", hat sicherlich keine Kraft mehr, zum wiederholten Mal ein Zerwürfnis mit den Junkern zu wagen. Darum geht er jetzt und läßt die Aufgabe einer jüngeren Kraft ungelöst. Ob Herr Budde, der bei der zweiten Verwandlung der Kanalvorlage die militärische Seite der Angelegenheit im Abgeordnetenhause vertreten hat, mehr Erfolg haben wird, kann man natürlich nicht wissen. Zwar braucht er nicht mehr das schattige Doppelspiel eines Miquels zu fürchten, aber die Zähigkeit der Junker ist nicht geringer geworden.

Als Thielen das preußische Eisenbahnministerium übernahm, war die große Aufgabe der Verstaatlichung der Schienenwege bereits gelöst. Er konnte seine ganze Arbeitskraft auf den inneren Ausbau der Verwaltung, auf Vermehrung der Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs, auf den Ausbau der Linien und die Erweiterung der Netze konzentrieren. Fragt man sich nun, wie er diese Aufgaben gelöst hat, so muß die Antwort sehr ungünstig für den Minister ausfallen. Zwar hat sich die Einnahmequelle des preußischen und unter preußischer Verwaltung stehenden Eisenbahnnetzes erheblich vergrößert — aber das war ein unumgehbares Gebot des wirtschaftlichen Aufschwunges und kein Minister, selbst der unfähigste nicht, hätte dieser Entwickelung Halt gebieten können. Das ist alte unwahrlich kein besonderes Verdienst. Wenn ferner Thielen den Verwaltungsapparat etwas einfacher gestaltet hat, so ist auch das mehr ein Vorwurf für seine Vorgänger als ein Lob für ihn. An dem Erbübel unseres Verkehrswesens, der Junkerherrschaft, hat er nicht gerüttelt. Noch wie vor überwiegen die Rechtsgelehrten die Techniker, noch wie vor ist die Verwaltung mit einem unglaublichen Zahlenapparat belastet, und schärfer als je herrscht der engherzigste Fiskalismus, um nicht zu sagen: die Pfennigsuchterei.

Als man an die Verstaatlichung der preußischen Bahnen ging, wollte man aus dem Betriebe unmittelbar nur die Verzinsung der Eisenbahnschuld herauswirtschaften und den dann verbleibenden Ueberschuß zur Verbesserung und zum Ausbau der Linien verwenden. Allmählich ist man aber mit reinen Finanzmachern überzeugt und die Eisenbahnüberschüsse geben den größten Einnahmeposten im preußischen Staatsbudget. Minister und Junker arbeiteten Hand in Hand, die indirekte Verkehrssteuer immer mehr zu steigern. Was Wunder, daß dieser die Tarifpolitik auf ganz falsche Wege geriet: anstatt den Verkehr zu erleichtern, erinnerte man ihn, aus Angst vor dem Verluste einer Groschen, daß man die Thaler dutzendweise aus den Händen gleiten. Die fremden Länder — wir nennen nur Ungarn, Rußland, Belgien, die Schweiz — modernisierten unablässig ihre Tarife, die kleineren süddeutschen Staaten schufen dem Publikum wenigstens einige Erleichterungen, in Preußen blieb alles beim alten, vertiefte der Verkehrsnot. Die Sparpolitik wurde soweit getrieben, daß man sie, gewiß nicht mit Unrecht, sogar für einige der schlimmsten Eisenbahnkatastrophen verantwortlich gemacht hat.

Die größte sozialpolitische Ungeheuerlichkeit zeigte Thielen aber in Arbeiterfragen. Der preußische Eisenbahnfiskus ist der größte Arbeitgeber in Deutschland. Und der schlechteste! Unerhörte Lohndrückerei ging bei dem System Thielen Hand in Hand mit einer Unterdrückung des jedem Denkenden Selbstbestimmungs- und Koalitionsrechts der Arbeiter. Der mit dem militärischen Kommandosystem verknüpfte und durch die Heirat mit einer adlichen Witwe selbst zum vielbesagten Millionär gewordene Minister hat sich selbst ein „Denkmal" gesetzt mit dem Erlaß, in dem er seine Untergebenen aufforderte, sorgsam darauf zu sehen, daß die Löhne der Eisenbahner auf Rücksicht auf die Privatunternehmer niedrig gehalten werden müssen! Das ist der „Musterbetrieb"! Das ist das sozialpolitische Glaubensbekenntnis eines Mannes, der fast ein Zehnteljahr an der Spitze eines Riesenbetriebes stehen konnte!

Wenn die Zeit der preußischen Landtagswahlen heranrückte, dann erteilten die Eisenbahner aus Thielens Reiche bereitwillig den nötigen Urlaub, damit sie „wählen" konnten. Die Stimmabgabe ist öffentlich. Mit anderen Worten: die Eisenbahner mußten zu einer Schutztruppe für die Regierungspartei werden. Wenn es aber zur Reichstagswahl ging, bei der der Mann mit größerer Sicherheit vor brutaler Maßregelung seinen zusammengefalteten Stimmzettel in die Urne werfen konnte — dann erlaubte „der Dienst" nicht den Gang zum Wahllokal!

Die Schandtaten des Zaisers Thielen hätten nicht zu diesem Glanze auferstehen können, wenn das arbeitende Volk eine Vertretung im preußischen Landtage besäße; aber so, bewahrt vor jeder scharfen Kritik, bei allen wohlgelitten, die in der Niederhaltung der Arbeiterbewegung, im stillen Zuchthausstaat, ihr Ideal sehen, konnte Thielen sein Wesen ein Dutzend Jahre lang treiben. Wenn er mit vollen Taschen vor das Parlament trat und eine Erhöhung der direkten Steuern durch die Schröpfung des Verkehrs unnötig machte, dann war er seines Beifalls sicher. Nur durfte er nicht wider den Stachel löken — die wenig sentimentalen Junker bewiesen ihm das bei der Kanalvorlage.

Alles in allem: die Aera Thielen war eine unfruchtbare Periode, eine Zeit des Arbeiterdruckes und des übertriebenen Fiskalismus. Wenn Thielens Nachfolger Verstand und guten Willen besitzt, hat er's leicht, ihn vergessen zu machen.

Eine Ministerrede.

Beim Fest der Grafschaft Mörs hat nach dem Kaiser, als dieser die Festgesellschaft verlassen hatte, noch ein Exzellenz geredet, der Finanzminister v. Rheinbaben. Der Nachfolger Miquels sprach also:

„Voll ist das Herz voll Dankes für die so recht zu Herzen gehende Art, in der der Kaiser und die Kaiserin die Huldigung der Grafschaft entgegennahmen. Sie selbst haben durch die Art Ihrer heutigen Begrüßung der unwandelbaren Treue und Anhänglichkeit der Grafschaft einen Ausdruck gegeben. Sie haben den Geist der Eingabe an Kaiser und Vaterland zum Ausdruck gebracht, wie er von den Großvätern her in den Enkeln fortlebt. Wer den heutigen Empfang miterlebt hat, wird ihn nicht vergessen, sondern ihn als teures Vermächtnis im Herzen bewahren. (Beifall.) Wir standen alle unter dem Eindrucke der hinreißenden Persönlichkeit unseres Kaisers und der holdseligen Art der Kaiserin. (Beifall.) Aber die persönliche Wirkung unseres Kaisers ist doch nur ein Moment seiner einzigen Wirksamkeit überhaupt als Träger der großen Tradition des Hauses Hohenzollern. Man hat so oft schon gesagt, daß die monarchische Form allmählich einer anderen weichen würde, wir lesen aber, daß die Geschichte genau das Gegenteil von dem ergeben hat, was jene Doktrinäre lehren (Sehr richtig!), daß die demokratisch regierten Staaten, selbst die mit ausgesprochenem Parlamentarismus, immer dem Ehrgeiz der einzelnen und ihrem materiellen Streben verfallen und **das umgekehrt die Staaten, die monarchisch regiert sind, von Stufe zu Stufe immer höher steigen.** (Beifall.) Worin beruht das? Das beruht in dem Gemütseinsatz des einzelnen Monarchen durch die großen Traditionen seines Hauses. Selbst wenn er es wollte, könnte er nicht von den Werken seiner Vorgänger abweichen, und wir sehen in unserer Monarchie eine große Tradition verwirklicht. Das Wort Friedrichs des Großen, daß der König der erste Diener des Staates sei, geht durch die ganze Geschichte dieses königlichen Hauses. Wir wissen, daß unser jetziger Kaiser und Herr nur einen Gedanken hat, nur ein Dichten und Streben, seinem Volke zu dienen und es auf eine immer höhere Stufe der Gesittung und Zufriedenheit zu heben. So sei uns der heutige Tag, der uns den Dank dafür nahelegt, ein Vermächtnis von Generation zu Generation. Nie wohl werden Sie das Bild landesväterlicher Fürsorge vergessen, wie unsere Kaiserin heute den verwaisten Sohn jenes Grafschafters in die Arme nahm; sie drückte so unmittelbar die Fürsorge der Hohenzollern für ihr Volk aus. (Lebhafter Beifall.)"

Die Szene, auf die der Finanzminister hier Bezug nahm, spielte sich auf dem Rennplatz ab. Dort, so berichtet die Kreuzzeitung, wurden dem Kaiserpaare die sieben Söhne des Milchstubenmannes Engfeld aus Hoberg bei Mörs vorgestellt, wovon der jüngste erst vier Jahre alt ist und sich der Patenschaft des Kaisers erfreut. Die Kaiserin nahm den Kleinen trotz seines Widerstrebens und Schreiens auf den Arm und liebkoste ihn, und auch der Kaiser hielt seinem Patenkind schmeichelnd über den Scheitel, eine Szene, die „unbeschreiben Jubel" hervorrief. Man erzählte, der Kaiser habe dem Vater hundert Mark überweisen lassen mit den besten Wünschen für die Entwickelung seiner Söhne.

„Lassen Sie uns dafür danken durch das Gelübde unwandelbarer Treue für alle Zeiten."

Die politische Theorie, die der Herr Finanzminister in dieser Rede aufgestellt hat, hält vor der Geschichte nicht recht stand. Es sollte dem Herrn bei näherer Prüfung wohl schwer fallen, seine These zu beweisen, daß die demokratisch regierten Staaten zurückgeblieben und oder wenigstens stillstehen, während die monarchischen „von Stufe zu Stufe immer höher steigen". Den Aufstieg Spaniens, Portugals und anderer Monarchien wird man selbst mit bewaffnetem Auge nicht zu entdecken vermögen und die demokratisch regierten Länder haben, wenn sie „immer dem Ehrgeiz der einzelnen und ihrem materiellen Streben verfallen," was in dieser Verallgemeinerung übrigens gar nicht zutrifft, wenigstens in ihrer freien Verfassung die Mittel, diese Uebelstände auf einfachem Wege zu beseitigen, während wir in der glorreichen Monarchie der Hohenzollern und ihrer Annexe beim Kampfe wider das gesetzliche materielle Streben der Junkerschaft auf Schritt und Tritt von allerlei Gesetzesfesseln gehindert werden.

Auf die Wunderwirkung der Tradition des Hohenzollernhauses möchten wir uns auch nicht verlassen. Diese Tradition hat die glorreiche Regierung eines Friedrich I., der sein Land für seine kostspieligen Königslaunen auspreßte und den Rest seinen Kreaturen zur Ausplünderung ließ, hat die Niederträchtigkeiten der Regierung des aus Liederlichkeit und Wucherei zusammengesetzten Friedrich Wilhelm II. nicht verhindert, hat sich in der Null Friedrich Wilhelm III. höchstens nach der negativen Seite wirksam gezeigt und hat endlich den Romantiker Friedrich Wilhelm IV. in eine Irrlichterpolitik getrieben, die das preußische Volk schwer büßen mußte und die zu der Katastrophe von 1848 und zur Manteuffelei der schrecklichen fünfziger Jahre führte.

Der Herr Minister hat zum Schluß in geschickter Weise — ein Höfling der feinsten Schule hätte es nicht besser machen können — eine rein private Handlung des Kaiserpaares zur patriotischen Belebung seiner Rede benutzt. Ueber den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. Aber wir begreifen nach dieser Probe neudeutschen Byzantinismus den Ausruf Wilhelms II., der er nach einer Unterhaltung mit Cecil Rhodes gethan haben soll: Hätte ich solche Minister!

's wird immer töller.

Also mag Herr v. Köller jetzt betrübt ausrufen, da er als blamierter Prophete vor ganz Europa dasteht. Nicht nur in Straßburg, auch in Mülhausen hat die Sozialdemokratie bei den Nachwahlen zum Gemeinderat glänzende Erfolge zu verzeichnen. 26 Mandate waren dort in den Stichwahlen zu vergeben und davon hat die Sozialdemokratie zwölf erobert, vier erhalten die Demokraten und zehn fielen neutralen Honoratioren-kandidaturen zu. Das Rathaus, das bisher die Klerikalen beherrschten, sieht nun eine demokratisch-sozialdemokratische Mehrheit einziehen.

Das verrät eine erfreuliche Stärkung der sozialdemokratischen Gesinnung in der Arbeiterstadt Mülhausen, die innere Ueberwindung der Unklarheit, die im Sozialisten nichts als den Proletier sah und schließlich lieber als einen Sozialdemokraten, der nicht Elsässer war, einen Unternehmer wählte, der diesen Vorzug hatte. Der Sieg der demokratisch-sozialdemokratischen Liste berechtigt zu der Hoffnung, daß bei der nächsten Reichstagswahl von der elsässischen Sozialdemokratie die Schlappe von 1901 ausgewetzt, der Verlust des Mülhausener Mandats an den Stumm-jünger Schlumberger wieder gutgemacht wird.

Auch die Vertretung Mülhausens im Landesausschuß, der „Volksvertretung" der Reichslande, wird jetzt eine andere werden. Das famose Wahlsystem, das die Bevölkerung jedes direkten Einflusses auf ihre Vertretung beraubt, setzt nämlich die Wahl der Landesausschuß-Mitglieder durch die Gemeinderäte fest. Es ist es sicher, daß Mülhausen einen Vertreter entsenden wird, der die idyllische Ruhe des Rentnerparlaments ein wenig stören dürfte und dem Herrn v. Köller als lebendiges Dementi seines Ausspruchs erscheinen wird, daß die Sozialdemokratie im Reichslande keinen Boden findet. Denn wenn er nicht Sozialdemokrat ist, so wird er doch mit der Hilfe der Sozialdemokraten gewählt.

Der Sieg in Straßburg ist nicht minder glänzend. Die Tägl. Rundschau hatte noch Tags zuvor prophezeit: „In Straß-

---

Fabrik blieb sie jetzt, seitdem die Mutter davon wissen durfte, bis zum Dunkelwerden; aber es wurde so entsetzlich früh dunkel. Sie mußte sehr fleißig sein, um in diesen kurzen Tagen nicht zu wenig einzunehmen. Sie verbrachte die meisten Abendstunden mit Abschreiben alles dessen, was ihr von dickenden Dilettanten ins Haus gesandt wurde.

Ihre einzige Erholung, ihre einzige Freude waren die Besuche, die sie täglich ein halbes Stündchen vor der Arbeit und ein paar Minuten vor dem Nachhausegehen bei Frau Käthe machte. Sie hatte nicht allein Bedes Geheimnis zu wahren, sondern auch ein wenig darüber zu wachen, daß sonst niemand die gute, kleine Frau betrübte.

Käthe war in der seltsamsten Stimmung; sie genoß ihr nahes Mutterglück mit drolligem Stolze im voraus und sprach mit der jungen Freundin täglich von der Zukunft des jungen Mädchens. Ein Mädchen mußte es werden, weil Bede es so wünschte. Und vor Glück über ihr Kind und ihren Mann weinte sie sich vergnügt von einem Schlaf in den andern und fühlte so die Einsamkeit nicht allzu arg. Die Wirtschaft war seit Bedes Abreise so gut wie aufgelöst; ein Mädchen wäre nicht so leicht zu sättigen gewesen wie Frau Käthe, wenn ihr Mann nicht daheim war. Und jede Woche gab es einen Tag oder auch zwei von besonders viel Glück und Tränen, so oft einer der Briefe aus Italien kam und der liebe Mann darin lebhaft oder leise den Wunsch aussprach, wieder zu Hause in der Großgörschenstraße zu sein.

Wenn Johanna ihre Freundin verließ, empfand sie wohl mitunter herzliches Mitleid mit der armen Frau, deren Mann im Gefängnisse saß und die so stumpfsinnig ihrer schweren Stunde entgegenging. Und doch kam etwas wie Neid über sie, sobald sie ihre eigene Wohnung betrat, wo die häßliche Not und die Weihnachtssorge die Stuben völlig verödet hatten, wo die Mutter mit einseitiger Zärtlichkeit bloß für den entfernten Achim lebte und für die eigene Tochter nicht einen Gedanken, kein Wort der Anerkennung übrig hatte.

Johanna war ja in der Anschauung aufgewachsen, daß die Zukunft des männlichen Sprößlings, des zukünftigen Offiziers, alle anderen Familieninteressen überbiete. Dabei hatte sie ihren Bruder herzlich lieb und wollte ihn gar nicht aus seiner Unkenntnis der häuslichen Verhältnisse reißen. Es stahl ihr sogar ein Lächeln ab, wenn Achim, der als Leutnant furchtbar ernsame und altklinge Briefe schrieb — als Kadett wußte er sich vor Uebermut nicht zu lassen — ihr Vorschriften machte; sie sollte nicht so oft zu Lustspielen und Possen ins Theater gehen, sie sollte ihren musikalischen Sinn durch Besuch vieler Konzerte bilden, aber immer nur auf den besten Plätzen, um niemals der Berührung mit dem Pöbel ausgesetzt zu sein; sie sollte in ihrer Kleidung nicht gegen die neueste Mode verstoßen, sich aber hüten, durch Uebertreibung und durch übermäßigen Luxus aufzufallen. Auch er selbst erwerbe sich nur durch weise Sparsamkeit in den Bedürfnissen der Eitelkeit das Recht, als ein Hagenow-Trieng aufzutreten und zu leben. Der gute Achim!

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Auch eine Zollfrage. Im Schweizer Parlament wird gegenwärtig auch der Zolltarif beraten. Aus einer der letzten Sitzungen schreibt der Berner Bund: „Herr Hoffmann von St. Gallen war am Schluß der Sitzung „des trockenen Tages" gründlich satt geworden, er brachte die humoristische Note in die Verhandlungen — freilich auf Kosten seiner Kollegen. Man stand bei der Position „Menschenhaar." Herr Hoffmann rief nach einem Blicke auf die andächtig zuhörenden Kollegen die kaltische Bemerkung zuhinten: „Meine Herren, wenn ich Ihre illustre Versammlung überschaue, komme ich nicht umhin, an der Ueberzeugung, daß im Artikel Menschenhaar die inländische Produktion den Bedarf in keiner Weise deckt."

Eine hübsche Ferienreise, kombiniert im Falkschen Reisebureau: Zurich nach Regensburg, alsdann nach Regenwalde, hierauf nach Nassau, Kattendel und Kaneabeide, Kniebis nach Freudenstadt, Gutach, Geschwendt und Gernsbach, Ankehrn nach Potsch und Patschkau, zurück über Wasserburg und Wasserleben.

Kathederblüten. Professor: „Meine Herren, diese Hypothese ist ein totgeborenes Kind, das sich im Sande verlaufen hat!" Zuhörer: „Nach der Schlacht bei Cannä verlor Hannibal in Italien einen Fuß nach dem andern."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020624/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

burg wird schließlich ziemlich alles beim alten bleiben, wenn nicht etwa statt der bisherigen zwei Sozialdemokraten drei oder vier ins Rathaus einziehen."

Statt dessen wurden es fünfzehn! Das ist bitter für die Politiker, die erwarteten, die Reichslande würden nach dem „kaiserlichen Geschenk", der Aufhebung des Diktaturparagraphens, überfließen von Loyalität.

Deutsches Reich.

Berlin, 21. Juni. Die Zolltarifkommission setzte am Montag ihre Beratung bei den Zöllen für Gewebe fort. Es wurden eine Anzahl Positionen nach der Regierungsvorlage angenommen, darunter eine erhebliche Zollerhöhung auf feine Tuche, die aus dem Auslande eingehen. Die Zollerhöhung ist schon wegen der Geringfügigkeit der Einfuhr für die hochentwickelte deutsche Tuchindustrie wertlos, dafür bringt sie aber die Gefahr von Repressalien gegen die recht wichtige deutsche Tuchausfuhr mit sich. Dem sachverständigen Vertreter der freisinnigen Volkspartei, Herrn Bleil, wurde von der Mehrheit das Wort abgeschnitten. Eine Vertretung der „strangulierten liberalen Minorität" auf die zweite Lesung wies Abg. Dr. Bromel unter stürmischer Heiterkeit der gesamten Zuhörerschaft mit der Frage zurück: „Wer weiß denn bei dieser Vorlage, wer von uns noch bei der zweiten Lesung am Leben ist?"

Für den Antrag einer von den Sozialdemokraten zu Nr. 431 bis 433 (Wirt. und Kegwaren) beantragten Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, noch im Laufe der gegenwärtigen Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den untersagt wird, in Straf-, Verwahrungs- und Beschäftigungsanstalten, welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten oder unterstützt werden, andere gewerbliche Arbeiten als solche für den eigenen Bedarf, für den Bedarf des Reiches, eines deutschen Staates oder Gemeindeverbandes auszuführen und den Verkauf gewerblicher Erzeugnisse für eigene Rechnung, für Rechnung des Reiches, eines deutschen Staates oder eines Gemeindeverbandes zu niedrigeren als den marktmäßigen Preisen stattfinden zu lassen, erklären sich zwar platonisch die Vertreter aller Parteien; die Resolution wurde aber doch mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt, da nur hier Freisinnige, vier Sozialdemokraten, sowie Dr. Hahn, Foerster-Sachsen und Goebel dafür stimmten. Bei Position 443 wurde die Sitzung vertagt.

— **Gebaut wird er doch — nicht?** Gleichzeitig mit der Meldung vom Rücktritt Thielens bringt die Natl. Korresp. die Mitteilung, wenn die Regierung auch an der gesamten Kanalvorlage unbedingt festhalte, man doch in gut unterrichteten Kreisen glaube annehmen zu müssen, daß dem Landtage in seiner nächsten Tagung erst ein Teil der zu lösenden Aufgabe vorgelegt werden würde. Zu diesem Teil dürfte u. a. der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin gehören. — Das wäre die offizielle Aufgabe des Mittellandkanals — die Regierung hatte sich bisher immer entschieden dagegen erklärt, einzelne Teile herauszunehmen, die den Agrariern genehm sind.

— Der unbestätigte Bürgermeister Kauffmann wird mit Rücksicht auf seinen angegriffenen Gesundheitszustand eine Reichstags-Kandidatur bei den nächsten Wahlen nicht mehr übernehmen; er hat von diesem Entschluß dem liberalen Wahlverein in Liegnitz-Goldberg-Haynau bereits im April d. J. Kenntnis gegeben.

Eine neue Marinevorlage. Wie von sehr gut unterrichteter Seite verlautet, ist eine größere Marinevorlage zu erwarten, die nicht nur Auslandskreuzer, sondern ein neues Auslandsgeschwader von Linienschiffen fordert. Wenn von der Einleitung auf die Bedeutung der fraglichen Marineaktion geschlossen werden darf, dann muß dieselbe sehr umfangreich sein. Staatssekretär Tirpitz hat deshalb die hervorragendsten Mitglieder der Budgetkommission zu einer Flottenschau mit umfangreichem Programm geladen.

Die Kosten der Leutnants-Tänzer für die Krefelder Honoratioren-Töchter. Die Freis. Ztg. berechnet, daß die Errichtung einer Kavallerie-Kaserne in Krefeld zur Unterbringung des Husaren-Regiments 2½ Millionen betragen werden. Der Reichstag, meint das Blatt, werde wohl bei den schlechten Zeiten nicht gleich geneigt sein, diese Summe zu bewilligen, um so weniger, als im bisherigen Standort des Regiments, in Düsseldorf, in letzter Zeit neue Kasernements geschaffen worden sind.

Aus der Fassung des Essener Telegramms an den Oberbürgermeister schließt die Freis. Ztg., daß der Versuch gemacht werden dürfte, die Stadt zur Hergabe des Grund und Bodens und zum Bau der Kasernen auf ihre Kosten zu veranlassen. Uebrigens wird in solchem Falle meist vom Militärfiskus Miete gezahlt und wenn die Summe jährlich 6000 Mark übersteigt, muß auch erst der Reichstag zustimmen.

Ob aber der Bürgerschaft von Krefeld, die nach der maßgeblichen Erklärung des Oberbürgermeisters jetzt in Wonne schwimmt, das Husarenregiment noch gefallen wird, wenn sie die Rechnung erhält, ist eine andere Frage. Die Finanzen und Steuerverhältnisse der Stadt sind ohnehin nicht allzu günstig.

Freuen werden sich freilich die tanzlustigen jungen Damen Krefelds, soweit sie den höheren Zehntausend angehören und als Tänzerinnen Gnade vor den Augen der Leutnants zu finden hoffen dürfen. Aber auch ihre Freude dürfte sich bedenklich herabmindern, wenn sie erfahren, daß das Husarenregiment nur 16 Oberleutnants und Leutnants mitbringt — die Rittmeister kommen als Tänzer und Heiratskandidaten ja kaum noch in Betracht. 16 Leutnants, das ist immerhin ein bißchen wenig, selbst wenn der Kreis der eines Leutnants würdigen Damen noch so exklusiv gehalten wird. Da haben schließlich die Küchenfeen mehr von dem teuren Husarenregiment, als die höheren Töchter.

Wie in Deutschland regiert wird. Die plötzliche Verlegung eines Husaren-Regiments nach Krefeld zeigt wieder einmal, wie weit wir im persönlichen Regiment schon gekommen sind. Der Kaiser läßt von Essen aus an den Oberbürgermeister von Krefeld durch einen kommandierenden General um Vorschläge über die Unterbringung des Husaren-Regiments drahten; die Gegenzeichnung des verantwortlichen Reichskanzlers oder des Kriegsministers fehlt. Die Herren stehen vor vollendeten Thatsachen, die sie nun vor dem Reichstage verantworten sollen. Angenehme Situation.

Karriere. Die Deutsche Tageszeitung, das Organ Sr. Korpulenz des Herrn Oertel vom Bunde der Landwirte, hat die angenehme Gepflogenheit, in ihrem Unterhaltungsteil ungewollt manchen Beitrag zur Psychologie der Herrschenden zu liefern. So veröffentlicht sie eine Skizze von M. H., betitelt: Reichstagsabgeordneter, in der letzten Sonntagsnummer, die wieder sehr bezeichnend ist. Darin wird geschildert, wie einem Gerichtsrat eine Reichstagskandidatur angetragen wird, und es heißt:

„M. d. R.: Welch ein Glanz auf der Visitenkarte!

Während ich so träumte, trat meine Gattin ein. Ich reichte ihr das Schreiben mit einer triumphierenden Miene hin, so etwa, wie ich ihr die Benachrichtigung von einer Ordensauszeichnung mitgeteilt haben würde."

„Nun," sagte sie, als sie zu Ende gelesen hatte und mich strahlend anblickte, „hast Du schon geantwortet?"

„Nein, ich bin noch unentschlossen," erwiderte ich heuchlerisch.

„Noch unentschlossen?" rief sie erbleichend, sie konnte es gar nicht fassen und sah mich verstört an.

„Sofort setzt Du Dich nieder und schreibst die Antwort. Du fühlst Dich sehr geehrt — Du wirst Dir alle Mühe geben, den Erwartungen des Komitees zu entsprechen — Du hättest zwar keinen Ehrgeiz —"

„Ich hätte keinen — —"

„Unterbrich mich doch nicht," rief sie heftig. „Du hättest zwar keinen Ehrgeiz, aber Du wolltest Dich dem Dienste des Vaterlandes unter keinen Umständen entziehen."

Ich setzte mich natürlich nieder und schrieb nach ihrem Diktat.

Sie war ganz selig. M. d. R. — **Unterstaatssekretär — Justizminister, das war ihr die natürlichste Karriere der Welt.**

„Denn," sagte sie, „die besten Redner und die gewiegtesten Politiker **werden ja im Avancement bevorzugt.**"

Die Stimmung und Weltanschauung mancher „Ordnungspolitiker" ist hier trefflich geschildert: ihnen ist das Mandat des Volkes nur ein Mittel, Karriere zu machen!

Pücklers der Konsequente hat nun auch den Vorsitzenden des Gloganer Gerichts gefordert. Das Glogauer Landratsamt hat die Ueberführung des Führers der nationalen Parteien in eine Irrenanstalt bei der Landesregierung beantragt. — So wird der Graf auch den Landrat fordern.

Aus der besten aller Welten. Die Rhein. Westf. Arb.-Ztg. berichtet aus Dortmund: In derselben Stadt, die in den letzten Wochen Tausende von Mark für Festlichkeiten, Festessen für fremde Leute, die selbst Geld genug besitzen und nur auf kurze Zeit in der Stadt verweilten, ausgegeben, passierten Dinge, die einem die Hornesröte ins Gesicht treiben könnten. Die Feder sträubt sich, niederzuschreiben, was am Sonnabend mittag ein Ehepaar in unserer Redaktion vorbrachte mit der Bitte, ihnen zu helfen durch die Veröffentlichung. Da tut gern allezeit bereit sind, für die Armen und wirtschaftlich Schwachen einzutreten, sei dem Wunsche nachgekommen, damit infolge der öffentlichen Kritik — und wir hoffen, daß sich endlich auch die bürgerliche Presse einmal dazu aufschwingt, hier einzusetzen — die Personen, die es angeht, ihr Verhalten revidieren. Mit thränenerstickter Stimme erzählte uns das Ehepaar Peilo, daß er, der Mann, vor einem Jahre verunglückte und eine starke Kopfverletzung erlitt. Er erhielt monatlich 31 M. Invalidenunterstützung, wovon eine vierköpfige Familie leben muß. Beide Kinder, die sie besitzen, sind 3 und 5 Jahre alt. Der Mann hat lange krank gelegen, wodurch die Familie in hinteres Elend gekommen ist. Sie mietete Wohnung im städtischen Armenhause, Baroper Straße 2, nehmen (wir glauben, das sind die alten Cholerabaracken, die unseres Erachtens überhaupt keine menschlichen Wohnungen sind. Red. d. Arb.-Zeitung.), nachdem sie vorher einigemale die Miete als Armenunterstützung erhalten hatte. Auch waren ihr 12 M. Unterstützung wöchentlich gewährt worden. Mitte Januar bezog sie die Armenwohnung. Der Mann wurde wieder krank und mußte einige Wochen ins Krankenhaus. Heute sieht er noch sehr leidend aus, spuckt auch noch Blut; weiter scheint er durch die Kopfverletzung eine Gehirnaffektion davon getragen zu haben, worunter die Geistestätigkeit leidet. Das merkt man an dem Manne deutlich. Durch vielen Blutverlust ist er körperlich sehr geschwächt, dazu kommt infolge des Elends die Unterernährung, so daß an ein intensives Arbeiten unseres Erachtens nicht zu denken ist. Wie die Familie deshalb mit 31 M. monatlicher Rente leben soll, ist uns unerklärlich. Nun hatte man ihm aber auch die Armenwohnung gekündigt mit dem Bemerken, er solle sich eine andere suchen und arbeiten. Schließlich wurde er exmittiert, ihm aber noch einmal eine Gnadenfrist gewährt. Am Freitag mittag nahm man das Unerhörte seinen Anfang. Der mit im Hause wohnende und wohl Aufsicht führende Polizeibeamte hieß die Leute aus der Wohnung gehen, nahm dann den Schlüssel und schloß die Wohnung einfach ab. Das bißchen Hab und Gut blieb drin, und die Leute mußten auf die Straße. Nur einen Kinderwagen, worin das 3jährige Kind geborgen wurde, hatten sie mit. Unterkommen konnten sie nicht finden, **auch für die Nacht nicht. So irrten die Aermsten mit den kleinen unschuldigen Würmern,** denen man in den nächsten Jahren in der Schule die Religion und die Lehre von der christlichen Nächstenliebe als höchstes Gut beibringen wird, **auf der Straße und im Freien umher.** Der Frau drohten die Worte im Halse stecken zu bleiben vor Schluchzen, als sie uns erzählte, wie es in der kalten Nacht ihre Lieblinge vor Frost geschüttelt hat. Weder Nahrung noch Trank konnte sie ihnen bieten. Um 11 Uhr etwa versuchten sie, Hilfe in der Polizeistation auf der Adlerstraße zu erlangen, aber vergebens. Aus Angst, nicht wohlwollend behandelt zu werden, sind sie nicht eher zur Polizei gegangen, man habe sie in früheren Fällen schon abgewiesen. Seit sie in den Baracken wohnen, haben sie wohl Unterstützung nicht mehr erhalten, dahingegen hat aber die Armenverwaltung auf die nachträglich ausgezahlte Rente an den Mann in Höhe von 46 M. Arrest für ausgelegte Armengelder legen lassen, die der Arme auch noch nicht erhalten konnte. Man hat der ebendrein schwangeren Frau gesagt, sie solle doch arbeiten. Am Sonnabend war es endlich gelungen, die beiden Kinder bei Bekannten unterzubringen. Doch sind das auch arme Leute, die nur aus Mitleid für ihre Mitmenschen ihnen diesen Dienst erwiesen, nachdem die Stadt versagt hatte. Sonnabend vormittag meldeten sie sich bei Herrn Stadtrat Rath, der aber nicht zu sprechen gewesen ist. Sie haben ihre Not einem anderen Beamten geklagt, der sie aber mit den Worten abgewiesen, wenn sie sich keine Wohnung verschaffen, dann kämen ihre Kinder ins Waisenhaus und sie würden eingesperrt. Nun irren sie wieder auf der Landstraße umher, ohne zu wissen, wo sie Unterkommen finden sollen.

Als wir vor kurzem einen ähnlichen Fall brachten, zeterten das Leipziger Tageblatt und das Blatt der Kohlenjunker, die Rhein. Westf. Zeitung, über Verhetzung. Wir hätten den traurigen Fall zum Anlaß nehmen müssen, um den Arbeitern zu sagen, daß sich derartiges durch rechtzeitige Benachrichtigung der Polizei verhindern lasse. Denn die beide der Gesellschaften läßt niemanden verdungern. Wir haben bald darauf einen zweiten Fall gebracht, in dem die Benachrichtigung der Polizei nicht versäumt — aber das Elend nicht gehindert worden war und hatten dies den beiden Blättern unter die Nase gerieben und sie gefragt, was sie dazu sagten. Sie haben geschwiegen. Und jetzt, wo wir wenige Wochen später den zweiten dramischen Fall veröffentlichen können, werden sie wieder schweigen! Denn so ehrlich, einzugestehen, daß die Hetze der Gesellschaften nicht einmal im stande ist, solche Fälle krassesten Elends schnell und sicher aus der Welt zu schaffen, geschweige denn, sie rechtzeitig zu verhüten, so ehrlich sind die Blätter der Kapitalisten nicht!

Ein schlechter Witz. Ueber Freiherrn v. Münch erzählt die Wiener Volksztg. folgende seltsame Geschichte: Bekanntlich darf sich Herr v. Münch auf Verfügung des Ministeriums des Innern nur in Begleitung eines Irrenwärters in Württemberg aufhalten. Nun hat bei der Anwesenheit des Frhrn. v. Münch auf seinem Schloß Mühringen ein ein beruhigender Irrenwärter ein zärtliches Verhältnis mit der Köchin des Schloßherrn angefangen. Frhr. v. Münch hat daraufhin beim Staatsministerium gegen den Minister v. Pischek Anzeige wegen Kuppelei erstattet!

Oesterreich-Ungarn.

Die Polen und die Marienburger Kaiserrede. Die Neue Freie Presse meldet aus Lemberg: Eine vertrauliche Versammlung von Abgeordneten sämtlicher Landtagsklubs und Mitglieder des Polenklubs des Reichsrats hat mit großer Stimmenmehrheit folgenden Beschlußantrag angenommen: In die im Landtage am 30. Dezember 1903 abgegebene Deklaration betreffend die arge Bedrückung unserer Commatonalen unter preußischer Regierung und das vom Landmarschall in seiner heutigen Ansprache Gesagte unseren Gefühlen und unserer Ueberzeugung entsprechend den Ausdruck gegeben haben, erklären wir uns gegen alle Anträge, welche etwa im Landtage in dieser Richtung eingebracht werden sollten, und wir fordern die Mitglieder des polnischen Landtagsklubs auf, sich diesem Beschlusse zu fügen.

Bauernmeuchelei in Ungarn. In Zagersdorf bei Eisenstadt wurden nachts anläßlich eines Streites beim Kirchweihfest 2 Burschen und 1 Madchen vom Gendarmeriekorporal erschossen, 2 weitere Burschen schwer verletzt. — Darauf überfielen andere Burschen den Patrouillenführer und erschlugen ihn. Dem Korporal, welchen die Frauen steinigen wollten, gelang es, zu entfliehen.

Frankreich.

Ein General als Betrüger. Die französische Armee, die von den Patrioten immer als die Vereinigung sämtlicher Tugenden hingestellt wird, hat das Malheur, daß Skandalaffären häßlichster Art fast ohne Unterlaß die Korruption offenbar machen, die alle ihre Teile ergriffen hat. Seit dem Generalstabschef Boisdeffre ist aber noch kein so hochgestellter Offizier kompromittiert gewesen wie der General Bonnal, der dieser Tage vom Präsidenten der Republik, gemäß einem Beschluß des Ministerrates, aus dem aktiven Dienststand der Armee entfernt worden ist. Dieser Verfügung war ein ehrengerichtliches Verfahren vorangegangen, das eine äußerst schmutzige Sache zum Gegenstand hatte. Ende der siebziger Jahre, als General Bonnal noch Hauptmann war, bat er einen geisteskranken Vetter, der von seiner Frau getrennt lebte, überredete, ihm sein ganzes Vermögen mit der Absicht anzuvertrauen, es dadurch seiner Frau zu entziehen. Von diesem Vermögen, etwa 400 000 bis 500 000 Franken, erhielt Bonnal 40 000 Franken als Geschenk. Den Rest sollte er bis zur Großjährigkeit des Kindes seines Vetters verwalten, wenn dieses Kind, das damals erst wenige Monate alt war, sterben sollte, jedoch Universalerbe sein. Unmittelbar nach dieser eigenartigen Verfügung erschoß sich der Vetter. Seine Familie strengte gegen Bonnal einen Prozeß auf Herausgabe der 40 000 Franken an. Nach neunjähriger Prozeßdauer wurde Bonnal 1884 gezwungen, das „Geschenk" des Geisteskranken herauszugeben. Die Rückzahlung der Erbschaft war von ihm jedoch nicht zu erlangen. Er leugnete vor Gericht, die Summe zu besitzen, beziehungsweise noch zu besitzen und wurde nun verurteilt, mittels Gehaltsabzügen, die ein Fünftel seines Diensteinkommens erreichten, den Erben seines Vetters zu entschädigen. Das Urteil stellte u. a. fest, daß sich Bonnal einer groben Vertrauensmißbrauches und beharrlichen Lügens schuldig gemacht habe. Merkwürdigerweise haben die Militärbehörden erst jetzt, nach dreizehn Jahren, von diesen Vorgängen offiziell Kenntnis erhalten. Erst im Frühjahr dieses Jahres hat der inzwischen großjährig gewordene Sohn des Vetters unter Einreichung des Aktenmaterials Klage beim Kriegsminister geführt. Andre sperrte sich noch lange, gegen den General vorzugehen, aber angesichts des drohenden Skandals blieb ihm schließlich keine Wahl. Das Ehrengericht hat nun freilich seinen Spruch möglichst vorsichtig abgefaßt. Bonnal wurde weder verurteilt noch ganz freigesprochen. Das Gericht erklärte sogar mit knapper Stimmenmehrheit, es liege eigentlich kein Grund vor, Bonnal zu kassieren. Trotzdem ist es ziemlich zweifellos, daß auch noch die definitive Ausstoßung aus dem Heere bevorsteht. Die Angelegenheit ist für das offizielle Frankreich die denkbar peinlichste. Bonnal, einer der geistreichsten unter den lebenden französischen Militärlehrern und Militärschriftstellern, zählte zu den ältesten Brigadegenerälen. Er war Direktor der Kriegsakademie und war der zum voraus ernannte Generalstabschef der im Kriegsfall an der deutschen Grenze aufzustellenden Hauptarmeegruppe. Bei den heurigen Herbstmanövern sollte er Generalstabschef sein. Man hat in Paris und in Petersburg mit ihm als dem zukünftigen Generalissimus der französischen Feldarmee gerechnet. Und nun dieser Skandal! Man kann sich denken, wie der patriotischen Bourgeoisie zu Mute ist.

Spanien.

Großmannssucht. In Madrid kursieren Gerüchte über eine Annäherung Spaniens an den Zweibund. Der König soll angeblich den französischen Manövern beiwohnen und die französische Flotte in San Sebastian den Besuch des Königs erwidern.

Die Landarbeiterbewegung. In Jerez weigerten sich die Grundbesitzer, eine Lohnerhöhung zu bewilligen, weshalb der Streik der dortigen Feldarbeiter unvermeidlich scheint.

Bulgarien.

Ferdinands Sehnen nach der Königskrone soll angeblich gestillt werden. Aus Wien wird dem B. T. telegraphiert: Hiesige diplomatische Kreise bezweifeln nicht, daß Fürst Ferdinand dem Zaren von seinem Wunsche, die Königskrone zu erlangen, Mitteilung gemacht hat, und legen die Thatsache, daß Stancjew unbehindert zum bevollmächtigten Minister ernannt wurde, dahin aus, daß Rußland gegen die Erhebung Bulgariens zum Königreich keinen Einwand erheben werde. Auch andere Kabinette dürften zu stimmen, doch wurde an sie bisher noch keine Anfrage gerichtet.

Rußland.

Finnlands passiver Widerstand. Gegen die Gestellungspflichtigen, die zum Aufgebot nicht erschienen waren, hatte die Staatsanwaltschaft zu Helsingfors Klage erhoben. Jetzt ist ein Befehl ergangen, das Verfahren gegen alle Angeklagten einzustellen. Einige Gerichtshöfen übrigens schon derartige Fälle verhandelt und freisprechende Urteile gefällt.

Süd-Afrika.

Die Uebergabe. Das Reuterische Bureau meldet aus Vickesburg (Kapkolonie): Die Abteilung des Kommandanten Smuts und Teile anderer Kommandos, bestehend aus 132 Buren aus Transvaal, 44 aus dem Freistaate und 481 Aufständischen aus der Kapkolonie, haben sich ergeben.

Kitcheners guter Rat. Aus Kapstadt wird berichtet: Vor der Abreise hielt Kitchener anläßlich des ihm vom Gemeinderat dargebrachten Abschiedsessens eine Ansprache, worin er erklärte, sein letzter Ratschlag sei vor seinem Weggang aus Südafrika, daß man sich gegenseitig verständige, da jetzt kein Hindernis mehr vorliege. Während der langen Kriegszeit habe man sich gegenseitig Respekt eingeflößt.

China.

Neue Unruhen. Der amerikanische Missionar Gantright telegraphiert aus Tschengdu (Provinz Suschwan), daß die Methodistenkapelle zerstört und zehn Christen getötet sein sollen. Die Boxerbewegung breite sich dort aus.

Parteiangelegenheiten.

Gemeindewahltag. Bei der Stadtverordneten-Ersatzwahl in Neustadt a. O. wurde unser Kandidat, der Geschäftsführer der Ortskrankenkasse, Paul Pilling, mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Damit hält der zweite Genosse seinen Einzug in das Neustädter Stadtparlament.

Die Berliner Polizei fahndet gegenwärtig eifrig nach einer in London in mehreren Sprachen herausgegebenen Broschüre: „Der Generalstreik und die soziale Revolution." Nach dieser Broschüre ist vor Kurzem bei dem Expedieren des in Berlin erscheinenden antisemitischen Blattes Neues Leben vergeblich Haussuchung gehalten worden. Es ist seitdem über den Betreffenden die Briefsperre verhängt worden.

Totenliste der Partei. In Pforzheim starb am Sonntag Genosse Frei an Blutvergiftung. Er war über ein Jahrzehnt Kassierer der Maler-Organisation in Pforzheim, und war in der Partei wie der gewerkschaftlichen Bewegung gleich thätig.

Gazeta ludowa. Die Posener Genossen geben von Anfang Juli im Verlage von Joseph Gogowski, Breitestraße 21, ein polnisches Organ

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020624/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

heraus, das vorderhand wöchentlich einmal erscheint. Probenummern stehen den Vertrauensleuten in beliebiger Anzahl zur Verfügung und bittet der Verlag um allseitige Unterstützung.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Konflikt der Glasarbeiter-Organisation mit dem Redakteur der Holzarbeiter-Zeitung. Röske, wurde bekanntlich auf dem Gewerkschaftskongreß zum Austrag gebracht. Da in unserem Bericht die Sache sehr summarisch behandelt war, sehr viele Leser aber zweifellos Interesse an den Ausführungen der beiderseitigen Redner haben, so seien sie etwas ausführlicher im Nachstehenden wiedergegeben:

Girbig, der Leiter der Glasarbeiter-Organisation, verbreitete sich zunächst über die Situation der Streikenden zu jener Zeit, als der Artikel Röskes in der Holzarbeiter-Zeitung erschien und sofort an allen Fabriktüren der Glashütten angeschlagen wurde. Als er in Hamburg war, hat Röske ihn nicht gewarnt, aber einen oder wenige Tage später erschien der Artikel. Hätte man ihn damals gewarnt, so würde es eines derartigen Gewaltmittels kaum bedurft haben, um den Streik zu beenden. Woher hatte Röske übrigens das Material zu seinem Artikel? Er halte es für unstatthaft, daß er als Privatperson das Material der Generalkommission für derartige Zwecke benutze. Das könne in Zukunft zu sehr unliebsamen Konsequenzen führen! (Sehr richtig!) Werner soll Röske nach dem Berichte des Vorwärts über die Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes in Mainz von 30—40 000 Streikbrechern im weiteren Sinne gesprochen haben. In dem offiziellen Protokolle des Verbandes fehlt aber dieser bedeutsame Passus! (Hört, hört!) Was ist nun wahr? Jene Vorwärts-Meldung hat unter den Glasarbeitern arg verstimmt! Er erwarte freilich nicht, daß der Kongreß die Handlungsweise Röskes verurteilen wird, dieser möge aber wenigstens die angeführten Punkte klarstellen, damit endlich Beruhigung unter den Glasarbeitern eintrete.

Röske freut sich, endlich vor diesem höchsten gewerkschaftlichen Forum die Frage erörtern zu können, obgleich eigentlich die Sache den Kongreß formell gar nichts angehe. (Sehr richtig!) Girbig habe an das Ehrgefühl appelliert — er habe das nicht nötig. Möge man ihn verurteilen, falls er Unrecht habe! Girbig sei in Kiel und Wandsbek bereits gewarnt worden, ehe er nach Hamburg kam und es habe doch nichts genützt, es mußten also schärfere Mittel angewendet werden. Sein Material habe er als Redakteur eines Gewerkschaftsblattes aus dem Fachgenossen-Organ der Glasarbeiter, selbst geschöpft. Außerdem bot ihm ein Teil der Parteipresse solches. Er gebe ferner zu, daß er in Mainz von 30—40 000 Streikbrechern „im weiteren Sinne" gesprochen und der Vorwärts-Bericht daher zutreffend ist. Diese Wissenschaft habe er aus einem Einzelblatte des Organs der Glasarbeiter selber, das in dieser Hinsicht von der Redaktion nicht korrigiert wurde. Habe er also in diesem Falle Unrecht, so nehme er gern diese Aeußerung zurück, die Schuld daran trifft jedoch den Vorstand der Glasarbeiterorganisation selber. Das mußte er ausdrücklich konstatieren. Die Behauptung ferner, daß der Generalstreik in erster Linie der Anerkennung ihres Koalitionsrechts gegolten habe, sei unwahr! (Hört! hört!) Man verlangte vor allen Dingen Einstellung der Gewalten Streikenden, sodann den paritätischen Arbeitsnachweis und dann in dritter Linie erst die Freiheit des Koalitionsrechts! Das war eine sehr ungeschickte Taktik und Girbig mußte weit energischer gegen die Generalstreikpläne vorgehen. Nicht der Artikel, sondern die absolute Mittellosigkeit der Glasarbeiter veranlaßte die Aufhörung des Streiks! (Sehr richtig!) Girbig könne ihm dankbar für den Artikel sein (Große Heiterkeit), sonst wäre es ihm bedeutend schlechter gegangen — nun sei er das Karnickel und müsse den Rücken herhalten! (Sehr richtig!) Zum Danke dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft Hunderttausende für die Glasarbeiter zusammengeschossen, sei sie dafür im Fachgenossen in unerhörter Weise beschimpft worden! Derartiges sei geradezu skandalös! Hoffentlich diene diese Auseinandersetzung dazu, daß in Zukunft derartige „wilde" Streiks aufhören; dann nehme er gern die damit verbunden gewesenen Unannehmlichkeiten in den Kauf! (Bravo!) Möge der Kongreß entscheiden, was mit ihm geschehen soll — er trage die Konsequenzen seines Handelns! (Beifall.)

Nach einigen Erörterungen von den verschiedenen Seiten wurde auf Antrag Stamingk-Hamburg die Debatte geschlossen und Legien faßte in einem beschwichtigenden Schlußworte die Meinung des Kongresses in dem Wunsche zusammen, daß damit nun endlich wieder Friede und Eintracht in dieser lange genug erörterten Angelegenheit eintreten möge.

Wir schließen uns diesem Vorschlage auch für unseren Verbreitungsbezirk an, wo ja erklärlicherweise das Vorgehen des Genossen Röske am meisten Verstimmung hervorgerufen hatte. Alles muß doch einmal einen Abschluß haben.

Streikbrecher-Arbeit. Schlechte Erfahrungen machen die Maurermeister in Brandenburg a. H. mit ihren italienischen Arbeitswilligen. Auf einem Bau stürzte am Freitag ein von italienischen Arbeitern hergestellter Treppenlauf wieder ein. Die betreffenden Arbeiter sind deshalb von dem Bau entfernt worden; sie sollen es vorzuziehen mit Vagabundieren versuchen. — Ob die Brandenburger Maurermeister wohl durch diesen Schaden klug werden und sich mit den Streikenden einigen?

Ein ungetreuer Kassierer. Wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern hatte sich der ehemalige Kassierer des Zentralverbandes der Zimmerer, Karl Lange in Charlottenburg, vor der Strafkammer am Berliner Handelsgericht zu verantworten. Lange verwaltete in Charlottenburg seit drei Jahren die Kassiererstelle des Verbandes. Nachdem er schon längere Zeit hindurch die Beiträge unregelmäßig abgeführt hatte, machte er am 14. Oktober v. J. dem Ortsvorsitzenden die Mitteilung, daß er um 700 M. bestohlen worden sei. Einen Betrag von etwa 300 M., den er abliefern sollte, hatte die Diebe unberührt liegen lassen. Lange erklärte auch der Polizeibehörde Anzeige. Die anstellten Nachforschungen führten jedoch zu der Vermutung, daß der Diebstahl fingiert sei und so wurde denn gegen Lange Anklage erhoben. In der Verhandlung behauptete der Angeklagte, daß er unschuldig sei. Der Gerichtshof erkannte auf 9 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Eine Versammlung Wiener kaufmännischer Angestellter [illegible] in einer großen Versammlung eine Resolution an, in welcher [illegible] wird, daß die organisierte Arbeiterschaft vor keinem Mittel, eventuell auch nicht vor dem Streik zurückschrecken werde, um die Behörden zur vollständigen Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu veranlassen. Die Versammlung versuchte hierauf einen Straßenumzug, wurde aber durch ein Polizeiaufgebot zerstreut.

Soziales.

Der 16. ordentliche Berufsgenossenschaftstag hat dieser Tage in Düsseldorf stattgefunden; etwa 150 Vertreter der betr. Verbände und Genossenschaften waren erschienen. Es gelangte zunächst mit großer Majorität ein Antrag zur Annahme, die verbündeten Regierungen zu bitten, unverzüglich auf eine Aufhebung des § 34 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1900 und Wiederherstellung der früheren Bestimmungen Bedacht zu nehmen. Durch die geplante Erhebung der vorhandenen Reservefonds würde die Industrie, insbesondere das Kleingewerbe, härter belastet, und durch Festlegung der hierfür erforderlichen Summe von 400 Millionen Mark ein gewaltiges Kapital der produktiven Verwertung innerhalb der Industrie noch dazu in einer Zeit wirtschaftlicher Bedrängnis entzogen. Auch könne befürchtet werden, daß durch eine derartige Mehrbelastung der deutschen Industrie deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte, besonders gegenüber dem amerikanischen Wettbewerbe, leiden könne. Von anderer Seite wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Kapitaldeckung einer vorhandenen Schuld unter allen Umständen, wenn auch eventuell unter Verlangsamung des Tempos, durchgeführt werden müsse. Die Beschlußfassung über einen weiteren Antrag, der sich auf die Stellung der Vertrauensärzte in den Berufsgenossenschaften bezieht, mußte infolge Nichterscheinens des Referenten vertagt werden. Dem Geschäftsbericht zufolge beläuft sich das Verbandsvermögen auf rund 20 000 M. Die aus dem Ausschuß ausscheidenden drei Berufsgenossenschaften wurden wieder- und als Ort des nächsten Verbandstages Zittau gewählt.

Vermischtes.

Schmutzkonkurrenz und Brotneid. Das klerikale Tiroler Volksblatt brachte kürzlich folgende Notiz: „Orientalische Bettelpriester, die sich aber keineswegs gehörig ausweisen konnten, trieben sich letzte Woche in Posen herum und machten sich durch orientalische Zudringlichkeit bemerkbar, so daß ihnen hier auch die Polizei Aufmerksamkeit schenkte und sie auswies. Jetzt dürften sie sich auf dem Lande herumtreiben. Die Bevölkerung wird gut tun, derartige Bettler, die sich nicht ausweisen und keine Erlaubnis des Ortspfarrhofes und der Bezirkshauptmannschaft haben, einfach abzuweisen." Köstlich ist die Wut des klerikalen Blattes über die unbequeme Konkurrenz der auswärtigen Priester; es fürchtet offenbar, daß das Schmalz- und Eiergeschäft der Tiroler Bettelmönche und Nonnen schlechter gehen könnte.

Das Fahrrad auf dem Index. Unter dem Vorsitz des Kardinals Spampa tagte, wie der Berliner Volkszeitung geschrieben wurde, am 12. Juni im gelehrten Bologna ein kleines Konzil, an dem außer dem Kardinal-Erzbischof Boschi von Ferrara die Bischöfe von Piacenza, Faenza, Cesena, Jesi, Cervia, Rimini, Imola, Sarsina und Guastalla persönlich teilnahmen und kein weiteres Bistum durch Delegate vertreten wurden. Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Frage: „Kann dem Klerus die Benutzung des Fahrrades gestattet werden oder nicht?"

Die Debatte war lebhaft und füllte einen ganzen Tag. Eine kleine aber eifrige Minderheit votierte sich für den Gebrauch des Drahtesels, welches das Tragen der langen Soutane immerhin ermöglichte. Das Zweirad mit den strampelnden Beinen des kurzröckigen Reiters wurde rundweg abgelehnt. Die Mehrheit aber verwarf schließlich den Gebrauch des Fahrrades überhaupt „als eines Priesters unwürdig", unbeschadet des Spruchs der abwesenden zehn Bischöfe. Das „gelehrte" Urteil, ausgearbeitet vom Bischof Foschi in Cervia, geht jetzt an die best. Kongregation der inneren kirchlichen Verwaltung nach Rom, um dort verpflichtende Gesetzeskraft für alle Diener der katholischen Kirche auf dem Erdball zu erhalten.

Ein neuer „Luftflieger". Der erste Versuch mit dem Flieger des Turnlehrers Schuen, der seine Erfindung sehr siegesfreudig ankündigte, ist mißglückt. Er stieg in St. Cloud auf, hatte aber kaum seinen kühnen Flug begonnen, als einer der beiden Flügel, aus denen der Flieger in der Hauptsache besteht, versagte, und Schuen sich, anstatt der geplanten und angekündigten Luftreise, ein unfreiwilliges Bad in der Seine holte. Er war vom Fuße der Seinebrücke von St. Cloud aus „abgeflogen", und auf dem denkbar geradesten Wege ins Wasser gefallen, hatte aber als guter Schwimmer die Geistesgegenwart, sein Flugzeug in der Linken haltend, mit der Rechten schwimmend, ein nahes Boot zu erreichen. Wie alle wahren Erfinder, hat Schuen ein viel zu blindes Vertrauen zu sich selbst und in seine Erfindung, um durch diesen zu mißglückten Versuch irgendwie beunruhigt oder gar entmutigt zu sein. Er wird nächster Tage wieder „auffliegen". Hoffentlich mit mehr Erfolg.

Ein heiteres Stückchen lieferte ein Hüter der öffentlichen Ordnung in dem unterfränkischen Dorfe Wollbach. Ein herumgehender Korbmacher wurde bei einem Diebstahl betroffen und verhaftet. Er sollte der Gendarmerie überliefert werden, der Polizeisoldat des Ortes wurde mit dieser Mission betraut und machte sich mit dem Dieb auf den Weg nach Neustadt a. S. Außerhalb des Ortes wurde ihm recht bange vor dem verwegen aussehenden Menschen, weshalb er den Häftling auf den richtigen Weg führte und zu ihm sagte: „Dort ist Neustche (Neustadt), da meld'st Du Dich bei der Gendarmerie!" Der Polizeisoldat ging wieder nach Hause, der Verhaftete aber schlug sich sofort seitwärts in die Büsche. Die Strafkammer Schweinfurt verurteilte den gutmütigen Polizeimann wegen Vergehens im Amte zu 1 Monat Gefängnis.

Briefkasten.

200, Döltzschen. 1. Nur wenn Sie kündigen brauchen Sie den Aufschlag nicht zu bezahlen, wohnen Sie weiter, tritt er schon 1. Juli in Wirksamkeit. 2. Sie können den Vertrag aufheben, und einen neuen verlangen, wenn Sie wollen.

A. H., Ziegelstraße. Wenden Sie sich mit Ihrer Beschwerde zunächst an die maßgebende Gewerkschaftsorganisation, die die Sache näher prüfen wird. Eher können wir öffentlich nicht darauf eingehen.

Abonnent. Die erste Unterschrift gilt nur dann weiter, wenn das ausdrücklich konstatiert wird.

A. S., Heidenau. 1. Uns unbekannt; wenden Sie sich an den Parteivorstand in Berlin. 2. Erheben Sie Einspruch beim Gericht gegen die Pfändung. Dabei müssen Sie nachweisen, daß die Sachen Ihrer Frau gehören. 3. Das können wir nicht ohne weiteres beurteilen.

Wetterbericht nach der Wettersäule an der Augustusbrücke vom 24. Juni, vormittags 11½ Uhr.

Barometer: 754. Veränderlich.
Thermometer: + 19° R.
Thermometrograph n. R.: Min. + 10, Maxim. + 20.
Hygrometer: 67°.
Wasserstand der Elbe: — 34 cm.
Wasserwärme der Elbe: + 14°.

Letzte Nachrichten.

Dresden, 24. Juni. Wie amtlich verlautet, wird im Ministerium eine allgemeine Amnestie ausgearbeitet. Die Bekanntgebung derselben soll aus Gründen der Pietät erst nach Ablauf der Landestrauer erfolgen.

Kiel, 24. Juni. Das Torpedoboot S 42 ist bei Elbe 4 durch einen englischen Dampfer überrannt worden und gesunken. Der Kommandant, Kapitänleutnant Rosenstock v. Rhöneck und drei Mann werden vermißt.

Zimmerer. Zimmerer.

Donnerstag den 26. Juni, abends ½9 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im **Dresdner Volkshaus**, Ritzenberg- u. Maxstraße.

Tages-Ordnung:

1. **Die wirtschaftliche Lage der Zimmerleute Deutschlands und wie ist dieselbe zu verbessern?** Ref.: **R. Schmidt**, Breslau.
2. **Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

Um zahlreiches Erscheinen ersuchte **Der Einberufer.**

Allgem. Dresdner Gewerbegehilfen-Kranken- und Begräbnis-Kassen-Verein.

Seit dem Jahre 1861 bestehend, zählt der Verein gegenwärtig 2999 Mitglieder und nimmt jederzeit männliche Personen, welche gesund sind, bis zu 50 Jahren als Mitglieder auf, die in Dresden und den umliegenden Orten wohnen, auch selbständige Gewerbetreibende und andere Berufe. Der Verein zahlte im Jahre 1901 an seine Mitglieder 38 196 M. Krankengeld und 1805 M. Sterbegeld aus und besitzt einen Reservefonds von 48 757 M., welcher für die Mitglieder die größte Sicherheit bietet. Gegen mäßige monatliche Beiträge wird ein wöchentliches Krankengeld von 6 bis 15 M. gewährt und sind die Aufnahmebedingungen die denkbar günstigsten. Anmeldungen zum Beitritt, welche persönlich erfolgen müssen, nimmt jederzeit entgegen der Vorsitzende.

Zugleich geben wir bekannt, daß die verschobene

Schweizpartie

mittels Extra-Dampfschiffs und Musikbegleitung **Sonntag den 13. Juli** stattfindet und ersuchen wir die geehrten Mitglieder und Gäste, die Fahrscheine baldigst zu entnehmen und beträgt der Preis für Erwachsene 2 M., für Kinder 1,25 M. Alles Nähere besagen die Programme; **die bereits entnommenen Fahrscheine** behalten ihre Gültigkeit und sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern, Kassenboten und den Unterzeichneten noch zu haben. — **In Schandau freier Tanz.**

E. Biener, Vorsitzender, Johannesstr. 23, III.
E. Rigele, stellvertr. Vors., Königstr. 2, IV.
Wilh. Pätzold, Gr. Kirchgasse 4, part.

Grab-Platten und -Steine aus Porzellan, extra hart, härter wie Stein, liefern mit Schrift von 3—15 M.
A. Reinsig, Serrestraße Nr. 7.

Schinken geräuchert, anerkannt schön, Stück 6—8 Pfund, per Pfund nur 85 Pf., ab hier unter Nachnahme. **E. Krampe**, Zierlohn (Sachsen).

Hübsches, kleines **Sofa** f. 12 M. zu verkaufen Schäferstraße 21, 1. Et.

Dresdner Volkshaus

Schützenplatz. Ritzenbergstrasse 2. Maxstrasse 13.

Wegen der **Bestellung von Lokalitäten** zu Sitzungen, Versammlungen und **Vergnügen** wolle man sich gefl. nur an den Geschäftsführer, Herrn **Schönherr**, wenden.

Beschwerden in Bezug auf das Volkshaus wolle man dagegen bei den Genossen **Friedrich** und **Hoffmann** (Ritzenbergstr. 2, I.) und **Karl Sindermann** (Zwingerstr. 22) anbringen. **Die Volkshaus-Kommission.**

Allgem. Kranken- u. Sterbe-Kasse der Metallarbeiter
E. H. 29, Hamburg.
Filiale Deuben.
Sonnabend d. 28. Juni, abds. 8 Uhr
Haupt-Versammlung
in **Kunaths Restaurant.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der General-Versammlung.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Filialen-Angelegenheiten.

Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Sonnen- u. Regen-Schirme werden in der Schirmfabrik **H. Taureck** Am See 24, II. (Fabr.) u. Wettinerstr. 27 (Laden) am billigsten neu bezogen und repariert. Solide Ausführung.

Aquarien
Gold- u. Zierfische
Wasserpflanzen
Bartmannsches und lebendes Fischfutter
Markthalle, Stand 216
Antonsplatz.

Achtung! Achtung!
Zentralverband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter. (Zahlstelle Dresden.)

Das für Sonntag den 29. Juni im Garten der Gambrinusbrauerei, Löbtauer Straße, angesetzte **Sommerfest** kann wegen der eingetretenen Landestrauer **nicht** stattfinden. Dasselbe muß deshalb bis auf einen noch näher zu bestimmenden Sonntag verschoben werden, nachdem die folgenden Sonntage alle bereits besetzt sind. Das Lokal und Datum der Abhaltung dieses Sommervergnügens wird wiederum an dieser Stelle, sowie durch alle Kassenboten rechtzeitig bekannt gegeben.

Die bereits hierzu verausgabten Einlaßkarten behalten bis dahin ihre volle Gültigkeit. **Das Vergnügungs-Komitee.**

Parteigenossen!
Empfehle bei Bedarf:
Cigarren, Cigaretten
Rauch-, Kau- und Schnupf-Tabake.
Wilh. Strang
(früher: Meder)
Nr. 12 Ostra-Allee Nr. 12.

Dresdner Volkshaus
Ritzenbergstr. 2 — Maxstr. 13
Schützenplatz.
Grosser preiswerter Mittagstisch.
Speisen in grosser Auswahl.
ff. Biere
aus den renommiertesten Brauereien.
Stamm à 10 Pf. früh und abends.

Saub., bep. **H. Schlafft**, billig zu verm. Dorfstraße 21, 4. Et., r.

Ansichts-Postkarten von Dresden in nur geschmackvoller Ausführung à Stück 5 und 10 Pf. sind hier zu haben. Die Expedition.

Mittwoch früh eintr.:
Grosser frischer Schellfisch
ohne Kopf, Pfd. 20 Pf. im ganzen.
Hochfeiner lebensfrischer Seehecht
(delikater als Tafelsander!)
keine Köpfe, nur Fleisch
Pfund 25 Pf. im ganzen.
Prachtvoller fetter Seelachs
ohne Kopf, im ganzen Pfd. 20 Pf.
Frische Schollen
zum Backen, Pfd. 20 Pf.
Gedruckte Rezepte gratis
E. Paschky.

Rover, Kinderwagen und **Klappstuhl** billig zu verk. **Wickten**, Jägerstraße 48, part.

J. Mann sucht einf. mbl. Zim. Off. u. **R. J. 11** an die Exp.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riem, Dresden.
Druck und Verlag: Naden & Komp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 142. Dresden, Dienstag den 24. Juni 1902. 13. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Der Byzantinismus feiert jetzt in Sachsen wahre Orgien. In langen und zahlreichen Artikeln werden die Verdienste und Herrschertugenden des verstorbenen Königs bis zur Widerwärtigkeit verhimmelt. Mit heiligem Bemühen sucht man dem Volke aufzureden, daß aller Fortschritt, in die gesamte wirtschaftliche Entwickelung ein Werk des toten Königs sei, der in jungen Jahren als erhabener Schlachtenlenker die Heldenschwert dem Feinde geboten und dann mit fester Hand und genialem Herrscherblick die Zügel der Regierung gerührt und alles zum Besten geleitet habe. Und es giebt, wenn man den Byzantinern glauben soll, nur Großes und Erhebendes, nur Fortschritt und extensive Entwickelung in Sachsen und das alles haben wir der glorreichen Regierung des hohen Toten zu verdanken. Was jetzt an Geschichtsfälschung geleistet wird, geht, um sich eines volkstümlichen Ausdrucks zu bedienen, auf keine Kuhhaut. Noch widerwärtiger wie die Verhimmelungen des toten Königs sind die Schmeicheleien, mit denen man jetzt seinen Nachfolger, den König Georg, bedenkt. Der kurze, einfache Aufruf, mit dem der neue König den Regierungsantritt ankündigt, hat die Byzantiner in den Dresdner Nachrichten förmlich in Verzückung versetzt. Der Aufruf soll „edle Worte von bewunderungswürdiger Tiefe der Auffassung", „Prägnanz des Ausdrucks und Klarheit des Gedankens" enthalten. Mit heißen Worten hätte der nunmehrige König Georg nach den Dresdner Nachrichten nicht vor Sachsens Volk treten können. Ja, sie zeigen sogar noch diesem Blatte das „Gepräge eines reifen, erfahrenen Mannes, eines festgefügten Charakters, der zwar im Moment der Uebernahme der Regierung der Bedeutsamkeit des Augenblickes voll gedenk ist, aber zugleich den festen Willen und die starke Kraft besitzt, mit seiner ganzen Persönlichkeit das schwere Amt auszufüllen, welches nunmehr in seine Hände gelegt ist".

In ähnlicher widerwärtiger Weise wird das Geschäft der kriecherischen Schmeichler auf zwei Seiten noch weiter besorgt. Alle Posten, die der König als Prinz bekleidet hat, müssen als Unterlage für das Geschäft der byzantinischen Schmeichler dienen. Daß er in der Ersten Kammer in der üblichen Weise eine Reihe Jahre, aber keineswegs vierzig, wie die Byzantiner dem Volke weiß machen wollen, mitgearbeitet hat, daß er Vorsitzender des sächsischen Altertumsvereins, Kurator der Akademie und Vorsitzender der Gemäldekommission in früheren Jahren gewesen ist, giebt den Dr. N. die Gewißheit, daß König Georg eine große Vielseitigkeit besitzt und mit „frommem Ernst, treuer Pflichterfüllung, großer Entschlossenheit, soldatischer Tüchtigkeit, ausdauernder Arbeitskraft eine reiche, fast unerschöpfliche Erfahrung" verbindet.

Nun, es kann zugegeben werden, daß der jetzige sächsische König eine größere Erfahrung hinter sich hat als mancher andere Herrscher, der kraft seiner Geburt an die Regierung gelangt, man wird ihm auch gern zugestehen, daß sein Erlaß gegen die Soldatenmißhandlungen „ein verdienstliches Werk" war und er auch sonst als Soldat und Staatsbürger an bevorzugter Stelle seine Pflicht gethan hat, wie andere auch.

Zu so widerwärtigen Verhimmelungen liegt aber kein Anlaß vor. Der ersichtliche Zweck des reaktionären Blattes muß unserer Ueberzeugung nach vollständig verloren gehen. Denn ein Mann mit Erfahrung und intuitivem Verstand muß von Leuten, die sich ihm mit solch niedrigen Schmeicheleien empfehlen, eine ganz besondere Meinung haben.

Wie ein sächsischer Regierungsrat die Versammlungsüberwachung handhabt. Ein selbst in Sachsen, dem Lande des berühmten „Juwels", unerhörter Fall aus der so buntscheckigen Praxis der Handhabung der Versammlungs-Ueberwachung ereignete sich nach der Leipziger Volkszeitung am Sonntag in Otterwitsch bei Lausigk. Dort war es unseren Genossen gelungen, zum erstenmal einen Saal zu einer Versammlung zu erhalten. Diese Thatsache versetzte die Ordnungsleute auf zwei Meilen im Umkreise in die allergrößte Aufregung. Selbst der Herr Amtshauptmann von Grimma hielt den Vorgang für so wichtig, daß er in hocheigener Person, hoch zu Pferde, beim Saalbesitzer vorsprach. Es war aber mit tau machen und die Versammlung fand statt. Der Besuch war trotz der schlechten Witterung sehr gut, allein aus Lausigk waren aber 100 Teilnehmer erschienen. Redakteur Schö, für Leipzig referierte, richtiger gesagt, wollte referieren, doch enthob ihn der Ueberwachende, ein Herr Regierungsrat Haenel von der Grimmaischen Amtshauptmannschaft, dieser Mühe in einem beinahe nicht als radikalen Verfahren. Schöpflin begann sein Referat mit einer kurzen Schilderung der Sozialgesetzgebung. Er kam dabei auf die Angriffe der Unternehmerpresse gegen die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen zu sprechen und sagte wörtlich: „Wie segensreich die Selbstverwaltung gewirkt hat, beweisen schon allein die vielen großen Ortskrankenkassen mit ihren teils vorzüglichen Einrichtungen. Das zu schaffen, ist eben nur der Hingabe und Arbeitsfreudigkeit der an den Kassen interessierten Arbeiter zu danken und..." Hier forderte der Herr Regierungsrat den Redner zur Mäßigung auf. Zunächst waren thatsächlich Referent und Zuhörer verblüfft. Daß man in Sachsen die Regierung und die sonstige hohe Obrigkeit, die Kirche und hundert andere Einrichtungen vorsichtig wie rohe Eier behandeln muß, ist bekannt, daß es aber nicht erlaubt sein soll, die Thätigkeit der Arbeiter an einer staatlichen Einrichtung lobend zu erwähnen, das ist eben so neu wie sächsisch. Wie kann aber auch jemand behaupten, daß es auch außer königlich sächsischen Regierungsräten noch Leute giebt, die etwas Lobenswertes leisten.

Genosse Schöpflin erwiderte dem Herrn, daß ihm eine solche Zumutung noch nicht vorgekommen sei. Er besprach dann kurz die Notstandsinterpellation im Reichstage im Jahre 1893, bei der die Regierung durch Abwesenheit glänzte. König Stumm aber als Antwort die Deportation der sozialistischen Agitatoren vorschlug, „vielleicht nach Kamerun oder Angra-Pequena". Kaum war das Wort Angra-Pequena heraus, so entzog der Herr Regierungsrat unserem Genossen das Wort, der in ganz begreiflicher Empörung über eine solche, aller Beschreibung spottende Handhabung der Ueberwachung dem Herrn direkt sagte, daß seine Maßnahmen einfach ein Skandal seien, die man schließlich von einem Polizeiboliziten, nicht aber von einem Regierungsrat erwarten könnte. Die Antwort war die Auflösung der Versammlung, die kaum 15 Minuten gedauert hatte. Nach dieser Leistung eilte der Herr Regierungsrat davon. Selbstverständlich wird Beschwerde erhoben.

Zum sächsisch-preußischen Eisenbahnkrieg. Die Regierung hat dem Antrag der Zweiten Kammer ihre Zustimmung erteilt, wonach sie sich verbindlich macht, im Sinne der Artikel 42 der Reichsverfassung mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß das mit einer Benachteiligung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens verbundene Verfahren von Umwegen im Eisenbahnübergangsverkehr abgestellt werde, das bis jetzt aus rücksichtslosem Wettbewerb zwischen den einzelnen Eisenbahnverwaltungen stattgefunden habe.

Der sächsische Landtag wird, wie gemeldet wird, am 3. Juli zu einer kurzen außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um die Apanagen für den König, den Kronprinzen und die Königin-Witwe zu bewilligen. Außerdem wird die Ständeversammlung die Urkunde annehmen, welche die eidesstattliche Versicherung des Königs auf die Verfassung enthält.

Ueber den Saatenstand in Sachsen giebt der Landeskulturrat einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Die Witterung während der Berichtszeit (Mitte Mai bis Mitte Juni) war für die Entwickelung sämtlicher Pflanzen günstig und hat den Stand aller Saaten gegenüber dem Vormonat fast überall wesentlich gebessert. Bis zum 15. Mai war die Witterung immer noch sehr kühl. Von da an stieg die Temperatur jedoch bedeutend. Es herrschte bis 5. Juni sehr warmes bis heißes, klares, sommerliches Wetter. Vom 5. Juni an traten mehrfach Gewitter auf, die eine Abkühlung, sowie mehrere Niederschläge zur Folge hatten. Am 13. und 14. Juni stellte sich in den meisten Teilen des Landes auch der gewünschte durchdringende Regen ein. Das Wintergetreide hat sich sehr erholt und zeigt im allgemeinen einen guten Stand. Der Roggen, der sich verhältnismäßig noch gut erhalten hat, blüht zumeist schon; hie und da hat er sich gelagert. Die Berichte über den Stand des Roggens aus den höheren Landesteilen lauten im allgemeinen nicht so günstig, als die aus den niederen; dort ist der Roggen zum Teil fast im Stroh geblieben. Das Sommergetreide hat sich von dem durch die im Mai aufgetretenen Nachtfröste verursachten Schaden nicht in gleichem Maße erholt, wie das Wintergetreide, jedoch hat sich der Stand auch hier im Vergleich zum Vormonat gebessert. Manchenorts ist das Sommergetreide durch die herrschende große Hitze. Vielfach wird über starke Verunkrautung durch Hederich und Disteln geklagt. Die Kartoffeln gehen meist gut auf, jedoch ist sehr lückenhaft, was auf das lange Liegen der Knollen in der Erde während der kalten Periode im Mai zurückgeführt wird. Die Frühkartoffeln stehen gut. Von tierischen Schädlingen treten in manchen Bezirken, besonders in Rabenfedern, Engerlinge, Larven des Maikäfers und Drahtwürmer, letztere auch im Hafer und in der Gerste auf. Aus den Bezirken 9 und 4 wird über eine Erkrankung des Roggens, aus Bezirk 73 über Absterben der Roggenähren, verursacht durch eine Insektenlarve, berichtet. In den Bezirken 17 und 75 trat am 7. Juni Hagelschlag auf. Der Schaden betrug im Bezirk 75 zwischen 10 und 90 Prozent. Im Bezirk 31 ist am 14. Juni etwas Hagelschlag aufgetreten. Im allgemeinen ist die Entwickelung sämtlicher Pflanzen um 2 Wochen gegen andere Jahre zurück.

Meerane. Seitdem bei der im vorigen Jahre erfolgten Umwandlung des hiesigen Konsumvereins in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht infolge raffinierter und skandalöser Machinationen die bis dahin vorhandene Vertretung der aufgeklärten Arbeiterschaft aus der Verwaltung ausgeschaltet worden ist und Leute aus dem bürgerlichen Lager mit undenkbar rückständigen Ansichtsäußerungen über das Genossenschaftswesen, die Leitung des Vereins in die Hände bekommen haben, sind die von Jahr zu Jahr stattfindenden Generalversammlungen der Genossenschaft der Schauplatz erbitterter Kämpfe geworden. Jede, auch die kleinste Neuerung, die von den aufgeklärten Arbeitern beantragt wird, wird nicht allein in der Generalversammlung von den Feinden der Arbeitersache in echt hurrapatriotischer Weise niedergebrüllt, auch in der ganzen Stadt werden darüber die verlogensten, entstellten Gerüchte kolportiert. So wurde in der letzten General-Versammlung der Antrag auf Abhaltung eines Vortrages über „Zweck und Ziele der Hamburger Großeinkaufsgesellschaft", dem Genosse Lorenz aus Chemnitz halten soll, Anlaß zu heftigen Streiten. In dreistündiger, zuweilen recht stürmischer Debatte gelangte der Antrag, nachdem der Direktor Neumann von hier als Referent bestellt worden war, endlich zur Annahme. Da dieser Vortrag noch vor den neuen Wahlen zur Verwaltung stattfindet, ist hoffentlich zur diesmal den verkehrten, hinterlistigen Wahlmachern der Wind aus den Segeln genommen, die gerade diese Angelegenheit benutzt haben, fanatische Genossenschaftler mit dem Popanz sozialistischer Umtriebe zu schrecken.

Großenhain. In Berin ereignete sich ein beklagenswerter Unglücksfall. In einem unbewachten Augenblick fiel das dreijährige Kind des Arbeiters Engelmann in eine Wanne mit kochendem Wasser. Das arme Kind zog sich so schwere Brandwunden zu, daß es am Sonnabend gestorben ist.

Zwickau. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich gestern Montag vormittag auf dem Oberhohndorfer Kernschacht. Arbeitende Bergleute wurden plötzlich durch hereinbrechendes Gestein überrascht, wobei zwei Arbeiter den Tod erlitten. Der Zimmermann Tehler wurde von einem Gesteinsstück direkt erschlagen, während einem Hauer das Kreuz gebrochen und der Unterleib eingedrückt wurde, worauf der Aermste erst nach drei Stunden unter unsagbaren Schmerzen seinen Geist aufgab. Ein dritter Arbeiter, der Häuer Schramm, wurde am Kopfe nur leicht verletzt. Der erschlagene Hauer war verheiratet und Vater mehrerer Kinder, während der Zimmermann Tehler noch ledig war. Wen die Schuld an dem furchtbaren Unglück trifft, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Mulde führt bei Wurzen Hochwasser. Das Wasser ist um 50 Zentimeter gestiegen. Das Wasser der Mulde und Molde ist infolge des strömenden Regens in vielem Steigen begriffen; bereits steht es 4 Meter über Pegelmeter über dem Normalstand. Angesichts der drohenden Gefahr wurden die Besitzer der am Muldestrombaugebiete gelegenen Mühlen, sowie die Bewohner der Ortschaften in Pulsnitz aufmerksam, Vorkehrungen für die Hochwassergefahr zu treffen. — Zum Sonntagsrichter Freiberg verurteilte die Kammer auf Berufung Schlossermeister bei Nitzschka bedeutet gewesene Polizeiwachtmeister Mawaska wegen Körperverletzung zu 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. — Ein dunkler Vorgang hat sich dieser Tage in der Südvorstadt in Leipzig abgespielt. Dort wollte ein Schlossermeister mit seiner Wirtschafterin, die einen unehelichen Sohn von ihm hatte, und einem schulpflichtigen Knaben aus seiner ersten Ehe auswandern. Der Mann war sehr lebensfroh, trank viel und fügte sich nur widerwillig der häuslichen Kontrolle, die für die gute Beurteilung des Jüngstings sorgen mußte. Als eine Anzeichnung der häuslichen

Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

Hn. Technische Plauderei. Haben Sie schon einmal etwas von Luftgas gehört? — Sie denken, unsere Luft ist ein Gas, das, wie Fritz Reuter sagt, „aus dem blauen Blau und dem strahlenden Blau besteht, und damit sei das Luftgas gemacht". Doch nicht! Und wer vielleicht ein Konversationslexikon zu Rate zieht und sich seine Weisheit aus diesem holen will, wird auch nicht viel erfahren; denn da wird Luftgas eine mit Kohlenwasserstoffen gesättigte brennbare Luft genannt, bei wegen ihrer Explosionsgefahr und ihrer geringen Beleuchtungskraft keine praktische Bedeutung zukomme. — Ja! Ja! Die Technik schreitet schnell vorwärts, oft zu schnell, als daß die Lexikonredaktionen folgen könnten! Ist es unter diesen Umständen auch nicht angebracht, schon jetzt ein abschließendes Urteil über das Luftgas oder Kohlengas, wie es etwas gelehrter bezeichnet wird, zu fällen, so kann doch wohl schon als feststehend angenommen werden, daß es unter Umständen als das billigste, sicherste und bequemste Beleuchtungs- und Heizmaterial der Gegenwart anzusehen ist.

Es ist nur diesen Beleuchtungszwecken ein neues Ding. Wenn man will und, ist Gelehrter der Gegenwart, nicht nur in Kleinen Lettern, sondern auch in mancher mittelstarken Zeit auf Forschen und Planen die klassische Petroleumlampenbeleuchtung verdrängen, so ist das nicht immer nur auf Fortschrittsfeindlichkeit oder auf Mangel an Energie bei den wohlwollenden Kräften der Staatsverwaltung zurückzuführen. Es wurde ein Gewicht die Nachteile auf die Seite des Petroleums gegen die des Luftgases oder der elektrischen Beleuchtung, besonders da eine Einführung im Gegensatz der Elektrizität auch anderweitig als Kraftquelle nutzbar gemacht werden könnte, wenn man überall die alten Lampen haben verschwinden lassen, wenn man das Gebiet der Sicherheit und Gesundheit ausgedehnt wäre, es kann nun Gas oder Elektrizität nun wirklich das Petroleum ersetzt ist, und ob nicht in ganz kurzer Zeit schon einer noch besseres entdeckt wurde, ist es immer an die Gewohnten, die man auf das Bewährte wenig hält.

Man weiß auch, daß ich manche Zeitlang durch Verbilligung das Ideal Vertrage in einer Zeit, als man noch in der Gasbeleuchtung das Ideal sah, rasch entwickelt gehabt haben, wenn sie bei einer neuhinzutretenden Unternehmer, der im Gegensatz auf seine Rechnung in einfacher Weise, auf 50 Jahre dauernd bewilligten, in keiner anderen Beziehung über zugleich noch wesentlich einen Mindestverbrauch an Gas zu garantieren, anderseits ein Erlöschen [illegible] Vergehen der unterschiedlichen Verwaltungsbehörde [illegible] deren erneute Raubzüge auf die Taschen der von ihnen abhängigen Kommunalen jederzeit erwartet werden können, mit aller Macht dazu, sich einen Ersatz für das amerikanische Petroleum zu sichern. Vor etwa 12 Jahren schien es fast, als ob der Sieg der elektrischen über die Gasbeleuchtung unvermeidlich wäre, als 1886 mit der Einführung des Auerschen Glühkörpers die Sachlage gänzlich geändert wurde. Ueber eine gewöhnliche Gasflamme, die neben einer hellleuchtenden elektrischen Lampe wie ein kümmerliches Fünkchen erschien, wurde ein dünnes, glockenförmiges Gewebe, das mit einer Kalklösung getränkt war, gestülpt, und siehe da! Das altbekannte Drummondsche Kalklicht, mit seiner wunderbaren Leuchtkraft, das somit nur in Laboratorien gebraucht hatte, war dem allgemeinen Nutzen zur Verfügung gestellt! Später verwandte man dann noch einige Erden, wie Zirkon und Yttrium, deren Leuchtentwickelung noch intensiver war, und da kam man auf den Gedanken, statt des Leuchtgases das bis dahin praktisch nicht verwertete Luftgas zu erproben. Es ist dies gewöhnliche atmosphärische Luft, die aber ein Gemisch von Rückständen, die bei der Petroleumraffinerie gewonnen werden — das sogenannte Gasolin — ersetzen wird und sich hier mit Kohlenwasserstoffen sättigt. Diese sogenannte Karburation war schon vor reichlich 50 Jahren bekannt; da man aber nur eine schwache Flamme damit erzielte, außerdem die Mischung mit Kohlenwasserstoffen nur von geringer Beständigkeit war, indem sich in langeren Rohrleitungen diese wieder verdichteten und in flüssiger Form niederschlugen, so hatte das Konversationslexikon recht, wenn es dem Luftgase praktische Bedeutung absprach. Nun kommt es bei dem Glühkörperverfahren aber nicht auf das Leuchten der Gasflamme an, sondern auf das des Glühkörpers; diesem soll nur die nötige Hitze und Sauerstoffmenge zugeführt werden; und nachdem es gelungen war, schwerer kondensierbare Kohlenwasserstoffe zu finden, ist dem Luftgase voraussichtlich eine außerordentlich große praktische Bedeutung beschieden.

Die Vorzüge des Luftgases gegen das Leuchtgas sind, daß sich seine Entwickelung in der des Leuchtgases jetzt schon wie 6 : 1,5 verhält, aber nach Angabe der Luftgasapparatekonstrukteure noch erheblich gesteigert werden kann. Es ist ferner erheblich billiger, als alle anderen Beleuchtungsmaterialien und seine Herstellung ist so einfach, daß sich jede Wirtschaft ihr Gas selbst herstellen kann. Der Preis der Beleuchtung stellt sich für 1000 Brennstunden — dem mittleren Jahresverbrauch bei einer Lichtstärke von 10 bis 20 Hefnerkerzen wie folgt: Luftgas 1,5 M., Leuchtgas 16 M., Petroleum 21 M., Kerzen 30 M. und elektrisches Licht 45 M. Für die Herstellung und Apparate verschiedener Größe kommen, von denen der kleinste, für 5 Flammen, mit allem Zubehör etwa 150 M. kostet. Diese Apparate liefern aber nicht nur das Gas für die Beleuchtung, sondern auch für alle wirtschaftlichen und gewerblichen Zwecke, die Hitze erfordern, so zum Sterilisieren von Milch herden, zum Werkstattbetrieb z. B. zum Löten oder zur Motorenbetrieb in Württemberg — nach Angabe des Globus — Firmen viele Gold- und Silberwarenfabriken das Luftgas zum Schmelzen benutzen, einige andere Fabriken daselbst ihre Kunstlicht-, Farbe- und Anstrichmittel damit trocknen, und eine österreichische Waffenfabrik soll sogar Granaten damit härten.

Das Gas selbst ist unsichtbar, nicht erstickend und giftfrei; es unterscheidet sich dadurch günstig von dem sogenannten Wassergas, das in ähnlicher Weise, durch Ueberleiten von Wasserdampf über glühende Kohlen, entsteht. Wassergas wird jetzt bekannt sein, da es zum Speisen von Schnellbrennern dient in Gebrauch ist. Dies Wassergas, aus Kohlenoxyd, Wasserstoff und Kohlensäure bestehend, ist aber sehr giftig und dabei geruchlos, so daß man es, um es bemerkbar zu machen, mit dem schauderhaften Stinkstoff Merkaptan zu mischen pflegt. Hier wird das Luftgas einen wünschenswerten Ersatz bieten.

Für die Beleuchtung von Geschäftsräumen hat Luftgas auch noch den Vorzug, daß man bei seinem Lichte die natürlichen Farben unterscheiden kann, was bisher bei keinem künstlichen Lichte in gleichem Maße möglich war.

Das Prophezeien ist ein undankbares Geschäft, aber hier kann man versuchen, das Luftgas als das Licht und Heizmaterial der Zukunft zu bezeichnen. Und da ist es denn wohl auch besser, als Lucifer, als Lichtbringer, in das Dunkel unserer kleinen Städchen einzudringen. Möglicherweise dauert es nicht mehr lange, dann verschwinden die letzten Petroleumlampen, und biedere Erzeugnisse haben einen neuen Grund, auf ihren wohlgeordneten Magistrat zu lauern, weil man dann nicht mehr, wie bisher, im gemütlichen Halbdunkel nicht von der Bierbank nach Hause tapsen kann, sondern bei mindestens Glanzbeleuchtung auf Wärmung seiner wundervollen Gattin bedacht sein muß.

Kunsthandwerk einst und jetzt. Ueber das Kunsthandwerk einst und jetzt machte Emanuel Godell, der Erbauer des Berliner Theaters in Berlin, in einem Vortrage einige interessante Bemerkungen. In einer Art Zeitbetrachtung gab der Redner ein Bild von der tatsächlichen Unsicherheit und Haltlosigkeit des modernen Menschen, was dem [illegible] Ziele. Man machte [illegible] mit [illegible] Vorschlägen versehen, aber nicht die Mängel der Konstruktion, noch die Schwäche des Materials [illegible] Dinge [illegible] Einwirkungen vom Geiste [illegible] Mannigfaltigkeit, aber keine Gestaltung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020624/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Niederkleye zufällig im Begriff war, wieder die Familie zu besuchen, hielte ihr auf der Straße die Frau entgegen und bat um Hilfe, da sie der Mann gemißhandelt habe. Kurz nachher kam der Mann gerannt, am Kopfe blutend. Der Vater verlange, sie solle sofort zurückkehren. Die Aufwärterin bedeute dies nicht, sondern ging mit ihnen nach der nahen Polizeiwache und wartete an, bis der Vater nach dem Kinde mit einem Schnitzmesser und einer kurzen Hacke gewesen habe, wodurch die verhandelnden Personen entfernt waren. Ueberall an dem Kinde des Mannes wurden frischentstandene Stellen von Zuckungen. Die Polizei gab Befehl in die Wohnung, der Mann öffnete nicht, obwohl man seine Schritte hören konnte. Als gewaltsam der Eingang erzwungen war, hatte er sich erhängt. In den Ecken fand man mit Petroleum getränkte Lappen. Es ist anzunehmen, daß der Mann seine Tochter mahl machen wollte, die ganze Familie zu töten, wenn die Frau mit dem Kinde zurückgekehrt wäre. Wir hörten gerüchtweise, jener Nacht zwischen dem Bahnhofe Neuß und Schoenberg der Strecke Hof-Aachenbach auf den Nacht 11 Zug Nr. 21. In demselben befanden sich u. a. Prinz Ludwig von Bayern, Herzog und Herzogin Karl Theodor von Bayern, der Herzog von Worms und auch Herzog Urach von Württemberg. Zwei gemischte Züge zertrümmerten eine Scheibe eines Durchgangswagens am Zwischengange und der eine Stein drang sogar noch in das Kupee des Herzogs Urach ein, ohne dort jedoch weiteren Schaden anzurichten.

Stadt-Chronik.

Die Schaulustigen

haben auch gestern und vorgestern bei den Trauerfeierlichkeiten ihren Genuß gehabt. Es ist nicht zu glauben, welche Ausdauer die Menschen zur Befriedigung ihrer Neugier haben. Viele Stunden, ja halbe Tage lang standen sie die letzten beiden Tage in der Sommerhitze, bei Wind und strömendem Regen wie die Mauern um den Hauptbahnhof um die katholische Hofkirche bis weit in die Straßen und Plätze hinein. Der Verkehr war fast völlig an diesen Stellen unterbunden, und die Polizeibeamten, die den Trubel im Zaum zu halten hatten, werden mit geheimem Grauen an diese Tage denken. Selten werden so hohe Ansprüche an sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung gestellt werden. Sie werden eine Parallele ziehen können zwischen diesem Gaffer-publikum und den auf Ordnung gerichteten Massen der organisierten Arbeiter. Ohnmächtige Beschwerdeen und Gequetschte hat es natürlich auch wieder in Menge gegeben. Teils und zeitweis geriet u. a. der Postverkehr innerhalb der Stadt ins Stocken. — Am Sonntag früh soll es auf verschiedenen Stellen, wo der Andrang besonders groß am Sonnabend abend gewesen war, ausgesehen haben, wie auf einem Schlachtfelde. Gegenstände aller Art lagen herum, die im Gedränge abhanden gekommen waren. Gestern wurde in den meisten großen Fabriken hier einen halben Tag gefeiert. So weit uns bekannt geworden, erhalten die zum Feiern gezwungenen Arbeiter keinen Lohn für den halben Tag. Soweit geht der Patriotismus und die Liebe zu dem verstorbenen König nicht. Nicht eigentümlich haben manche Geschäftsleute in dem Schaufenster ihres Geschäftes der Trauerstimmung Ausdruck. So hat man in verschiedenen Fleischerläden die Schaufenster ausschließlich mit Blutwürsten, die bekanntlich schwarz aussehen, „dekoriert". Wenn diese Wurste keinen besseren Geschmack haben, als wie durch diese Art Trauerei zum Ausdruck kommt, dann danken wir dafür. Auch im übrigen war wohl bei den Geschäftsleuten die Reklame die Hauptsache, eine so schöne Gelegenheit ließen sie sich nicht entgehen. Daß man auch die öffentlichen Bogenlampen mit schwarzem Flor umhängt hatte, wurde vom Publikum vielfach belacht.

Daß viele Leute die Sache zum Anlaß nehmen, ein Geschäft zu machen, ist selbstverständlich. Postkarten mit Albert-Bildern aller Art werden in aufdringlicher Weise massenhaft angeboten, eine Denkmünze hat auch schon das Licht der Welt erblickt, ja es ist auch schon „ein volkstümliches Schriftchen zum Gedächtnis Sr. Majestät des Hochseligen Königs Albert" erschienen. Der findige Fabrikant hat das sicher auf Lager gehabt, damit er es im richtigen Augenblick auf den Markt werfen konnte. Man muß das Eisen schmieden, so lang es warm ist. . . . Etwas anderes hat ein Herr Redakteur Hertwig-Behringer in Aue vor, dem tiefbetrübten Mann ist in seinem Schmerze die Idee gekommen, alle Nekrologe und Gedichte zu sammeln, die in diesen Tagen auf König Albert in der Presse erschienen sind. Er hat zu diesem Zwecke gedruckte Zirkulare an die Redaktionen gesandt, in denen um Uebersendung der fraglichen Nummern gebeten wird. Aus diesem Geistesprodukten will Herr H.-B. dann einen „Gedächtnisband" zusammenkleistern. Hoffentlich übersieht er die sozialdemokratischen Auslassungen nicht, sie werden der Sammlung Pfeffer und Würze geben. Diese „Idee" ist übrigens nicht neu, sie wurde z. B. auch hier in Dresden von einem Redakteur der Neuesten Nachrichten anläßlich des Todes der Kaiserin von Oesterreich durchgeführt. Der Mann bekam für seine Mühe einen unbedeutenden österreichischen Orden, mit dem er nun bei jeder Gelegenheit Staat macht. Diesmal ist ihm nun der Kollege in Aue zuvorgekommen. Schade! — Da wir gerade bei den Neuesten Nachrichten sind, so sei festgestellt, daß dieses Blatt die Byzantinerei in diesen Tagen am tollsten treibt. Jeden Mann von Charakter, und am meisten die, denen der König wirklich mehr als jeder andere Mensch war, muß diese Gehorsen mit Ekel erfüllen. Dazu die unbeholfenen verfehlten Bilder, die man eher für Karikaturen halten kann. Das ganze ist elendeste Stümperei, Zeitschinderei und Reklamemacherei, leider schwer zu entschuldigen ist, was überwiegt. Solche Erscheinungen sind eigentlich die traurigsten bei dem ganzen Trubel . . .

Ein Schwerverbrecher am heiligen Militarismus ist der Verfasser unseres gestrigen Artikels „Landesvater". Er sieht uns ein Stimmungsbild, durch das das Verhalten der Menge geschildert, die der feierlichen Ueberführung der Leiche des Königs zur Schloßkirche zuschaute. Den Trauerzug zu schildern war nicht seine Absicht. Aber er hat ihn flüchtig angedeutet und dabei des Zivils gedacht und — das Militär nicht erwähnt. Das Militär, das „, des Trauerzuges ausmachte und durch seine Galauniformen die Schaulustigen auf die Beinen kommen ließ. Bei dem Begräbnis eines Königs darf der militärische Pomp nicht fehlen, und man gar bei dem Begräbnis eines Feldherrn? Dem Sarge voran ritten und marschierten Truppen in Trauerpaala, die Fußtruppen kriegerisch das Bajonett aufgepflanzt, jedes Regiment mit Musikkapelle. Auch die Artillerie war vertreten und Kanonen rollten in dem Zuge, der einen König zur letzten Ruhe brachte. Kanonen und ewiger Friede — hat uns ein schreiender Gegensatz. Aber die Herrschenden stört solcher Widerspruch nicht.

Vor dem Sarg gingen dann noch in bunten, glänzenden Uniformen allerlei Hofbeamte und Bedienstete, sowie die oberen Hofchargen, zuletzt rotgekleidete Pagen, die gepuderte Perücke auf dem Haupte. Und nach dem Sarge begann wieder die glanzvolle Schau der Uniformen, die Minister, die Generalität, wieder Herren vom Hofe und eine große Menge sächsischer und fremder Militärdeputationen. Dazwischen die schwarzen Röcke des Stadtrats und der Stadtverordneten. Zum Schluß abermals Truppen — reitende Jäger.

Vermehrung der Stadtverordneten und Stadträte. Der Rat hat in seiner letzten Gesamtsitzung beschlossen, das Kollegium um zwei unbesoldete Stadträte und das Stadtverordneten-Kollegium um sechs Mitglieder zu vermehren. Der Rat scheint demnach gar nicht zu wissen, daß im Stadtverordnetenkollegium ja **gar kein Platz für mehr Stadtverordnete vorhanden ist.** Herr Hartwig und Ahlhelm lehnten mit diesem Hauptamtmann ja gerade die Ansprüche der Vorstadt auf eine entsprechende Vertretung ab. Und es wurde abermals von diesen Herren noch betont, daß man gar nicht daran denke, die Stadtverordneten zu vermehren. Gerade acht Tage später, als diese Erklärungen gegeben wurden, beschließt der Rat doch die Vermehrung der Stadtverordneten. Es ist recht sonderbar, wie wenig die Herren, Rat und Stadtverordnete, gegenseitig um Rücksicht sind.

Bauunternehmerterrorismus. Man schreibt uns: Die Baufirma Kaul & Tietzsch hat seit Jahren die Maurer gemaßregelt, die für ihre Organisation eintraten. Im Winter dieses Jahres glaubten diese Unternehmer, nun die entschiedenen Elemente beseitigt zu haben und kürzten daher den Lohn. Es dauerte jedoch nicht lange, so mußte man wieder zulegen. Dies mußte wohl nun diese Herren gewaltig. Der Polier Wiesner tut sich besonders hervor. Fast jede Woche tritt einer heraus. Vor etlichen Wochen betrat es einen „Schwarzen". Dieser beteuerte, daß er völlig unschuldig und der Uebeltäter ein anderer sei, den er aber nicht kenne. Am letzten Sonnabend betrat es wieder einen Nichtorganisierten. Gestern morgen um 6 Uhr lag aber der Bursche heraus. Herr Wiesner erklärte kurz und bündig: Wer Beitrag einkassiert, fliegt sofort raus. Die Unternehmer scheinen bei solchem Vorgehen nicht zu bedenken, daß auch wieder andere Zeiten kommen, wo sie die Arbeiter nötig brauchen werden.

Einen falschen König proklamiert die Elbinger Zeitung am 21. Juni, indem sie den Prinzen Friedrich August zum König macht. Das Blatt schreibt:

„Prinz Georg verzichtete vor mehreren Jahren infolge seines Alters und seiner zunehmenden Taubheit auf die Thronfolge, die daher auf seinen ältesten Sohn, Prinz Friedrich August, überging, der am 25. Mai 1865 geboren und seit 1891 mit der Erzherzogin von Toskana verheiratet ist. Der jetzige König bekleidet den Rang eines Generalleutnants. Sein älterer Sohn ist 10 Jahre alt.

Der neue Beherrscher des Sachsenlandes ist der großen Welt noch ein unbeschriebenes Blatt. Er studierte kurze Zeit — ebenso wie seine drei Brüder — an der Universität Leipzig und widmete sich dann ausschließlich militärischen Beschäftigungen. Er ist weder in der sächsischen Ersten Kammer noch sonst irgendwo öffentlich hervorgetreten und hielt sich bisher auch von allen Regierungsgeschäften fern. Sein Verhältnis zu Kaiser Wilhelm soll ein wenig gespannt sein. Vor zwei Jahren erlitt er durch einen Sturz vom Pferde eine heftige Gehirnerschütterung, von der noch jetzt Spuren zurückgeblieben sein sollen."

Eilen tut nicht gut. Das Blatt wollte recht zu sein und ist dabei schmählich hineingefallen.

Unverschämte Verschämtheit. In einem langen Hofartikel über die Regierung des Königs Albert, in dem selbst unbedeutende Regierungsreformen breit erörtert werden, schreiben die Dresdner Nachrichten: „Ein neues Wahlgesetz stellte die Volksvertretung auf eine andere Grundlage." Gut gelogt! Selbst die reaktionären Gesetze stehen die Zurückdrängung der Wahlentrechtung aufgegeben zu haben.

Die Sektion der Leiche des Königs hat die Diagnose der Ärzte bestätigt. In der Blase befand sich ein konkrementes, mit Blutkrusten bedecktes Gebilde, das die vorhandenen Symptome verursacht hat. Die Entfernung des Steines war mühsam bedeutsam, als man annahm. Die Operationsnarbe, an der der König litt, war demgemäß im wesentlichen eine Folge seines großen Wohlstandes.

Mord- und Selbstmordversuch. Die Dresdner Nachrichten melden: Gestern abend hat der Ehemann des Zeilers Stibo in seiner Wohnung Brauergasse 1, II., Eck Friedrichstraße, mittels Revolvers seine zwei Kinder und sich selbst durch die Schläfe geschossen. Der von der Arbeit heimkehrende Mann fand die Sachen im Blute liegend vor. Alle drei wurden sehr schwere Verletzungen zugefügt, leben aber noch und wurden sofort nach dem städtischen Krankenhause überführt. Die Eheleute haben miteinander in Eintracht und in geordneten Verhältnissen gelebt. Als Grund der Tat wird Schwermut angenommen. Wie wir noch erfahren, soll die schreckliche Tat ein Verzweiflungsakt sein. Die Familie war angeblich gänzlich mittellos, konnte die Miete nicht zahlen und hatte deshalb weiteren Ärgernissen zu gewärtigen. Ob das richtig ist, können wir nicht nachprüfen.

Unglücksfälle. Auf der Ammonstraße stürzte am Sonntag nachmittag ein 12 Jahre alter Kutscher von einem Landwagen, als derselbe infolge eines jähen Seitensprunges des Pferdes gegen die Bordkante des Fußtrittes prallte. Der Mann erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels. — Auf der Kieberwaldstraße ist am Donnerstag ein 8½ Jahre altes Dienstmädchen von einem Straßenbahnwagen überfahren und hat eine Gehirnerschütterung davongetragen.

Ein Lebensmüder. Am Sonnabend nachmittag ist in der Stadtwaltung bei Wilder Mann ein 52 Jahre alter hiesiger Einwohner in bewußtlosem Zustande aufgefunden worden. Er hatte sich mit einem Rasiermesser in selbstmörderischer Absicht eine große Schnittwunde am linken Handgelenke beigebracht. Der Verletzte wurde dem Stadtkrankenhause zugeführt.

Durchgänger. In einem Gehöfte auf der Schweinitzstraße waren am Mittwoch vormittag zwei vor einen mit Dünger beladenen Wagen geschirrte Pferde unausgetränkt, jedoch mit vorgehängten Futterbeuteln ohne Aufsicht stehen gelassen worden. Die Tiere liefen sofort herrenlos zum Thore hinaus und als der Wagen beim Passieren einer Pfeilerecke umstürzte, löste sich das Vordergestell ab und die Pferde gingen durch. Auf der Königsbrückerstraße stießen sie mit der Deichsel eine große Radentenerleitung für Wasser von über 300 Mm. um, rissen einen Kutscher, der sie aufzuhalten versuchte, zu Boden und konnten erst dann, als sie in langsamere Gangart verfielen, zum Stehen gebracht werden. Jener Kutscher erlitt durch den Fall eine Quetschwunde am Kopfe.

Selbstmord. Wegen langwierigen körperlichen Leidens erschoß sich gestern vormittag in seiner auf der Permoserstraße gelegenen Wohnung ein 47 Jahre alter unverheirateter Agent.

Arbeiter-Risiko. In einer Druckerei der Johannstadt geriet am Freitag eine Arbeiterin mit der rechten Hand in eine Maschine und erlitt dabei eine Verquetschung mehrer Finger.

Schwer verunglückt ist gestern früh bei dem Schleusenbau an der Augsburger Straße der hiesige Arbeiter Rudolf Müller, 44 Jahre alt. Derselbe glitt auf dem durch Regen aufgeweichten Erdreich aus und stürzte vier Meter tief in die Schleusengrube hinab. Außer inneren Verletzungen hat der Mann einen Bruch beider Beine zu beklagen. Vermittels Krans wurde Müller aus der Grube herausgehoben und nach dem neuen städtischen Krankenhause befördert.

Die in der Freitag-Nummer unter dieser Rubrik befindliche Notiz ist insoweit zu berichtigen, als der Unfall nicht in der Gustavstraße, sondern beim Bauunternehmer Lutcher in der Crausharttstraße geschah. Ferner ereignete sich der Unfall nicht während des Hebezeugbetriebes, sondern beim Gehen. Es heute überhaupt noch nichts zu ändern zu geben. Die Ursache des Unfalls liegt an der Treiberei, die auf den Bauten jetzt gang und gäbe ist.

Vermischte Nachrichten. Infolge der im oberen Elbtale und weit nach Böhmen hinein niederschlagen anhaltenden Regenwetter ist der bereits angeschwollene Elbstrom im abermaligen Steigen begriffen und dürfte bei weiterem Regenwetter so hoch steigen, daß sowohl die Schiffahrt, als auch die Flößerei eine Unterbrechung erfahren. In Elbschwemme und niederen Elbwiesen, sowie Elbstade stehen unter Wasser. — Der große Löwe im Zoologischen Garten, ein Prachtexemplar seiner Gattung, ist vor einigen Tagen verendet. Er ist ungefähr 15 Jahre alt geworden.

Versammlungskalender für Mittwoch.

Steinarbeiter. Abends 7 Uhr Versammlung im Saale des Volkshauses, Rittenbergstr. 2 und Marstr. 13.

Holzarbeiter. Abends 8½ Uhr Versammlung im Bürgergarten in Röckenbroda.

Früher war Kunst und Handwerk eins, der Künstler vereinigte beide in seiner Person. Aber die Sehnsucht zu diesem Zustand, in dem ein junger Mann das Heil erhofft, ist nicht leicht zu erreichen. Es fehlt uns dazu an Zeit und Geld. Das Publikum ist gewöhnt, seine Bedürfnisse rasch zu befriedigen, und meist fehlt ihm schon das Verständnis für die Arbeit des Arbeiters, um wie viel mehr für die Arbeit des Künstlers. Auch fehlt unseren Künstlern die handwerkliche Technik. Doch müssen wir aus der Vergangenheit Lehren ziehen. In der Periode der Gotik zum Beispiel blühte Kunst und Kunsthandwerk. Beide erwuchsen aus einer einheitlichen Kultur, waren der Ausdruck gemeinsamer religiöser Vorstellungen. Alle verstanden die Kunst, denn sie war die Blüte einer Kultur, in der die Menschen persönliche Beziehungen zu einander hatten. Der Künstler schied sich nicht vom Handwerker. Fabriken gab es nicht, und zum Handwerk hatte jeder lebendige Beziehungen. Der Besteller kannte das Material und hatte seine Freude am Entstehen des Werkes.

Heute ist dem Käufer die Herstellung ganz gleichgültig. Die Fabrikware hat uns dem Handwerk entfremdet, die hochentwickelte Surrogattechnik macht das Unterscheiden schwer, auch haben wir keine Geduld, auf eine langsame Herstellung zu warten. In drei Tagen kauft man die Möbel, die man ein Leben lang um sich haben will. Publikum und Künstler stehen nicht mehr in Wechselwirkung, verstehen einander nicht mehr. Wir haben zahlreiche Schichten in unserem Volksleben, die alle in ihrem besonderen Milieu ohne Kenntnis der anderen leben.

Und doch braucht die Kunst eine Gemeinsamkeit der Anschauungen, eine Gemeinsamkeit des Gefühlslebens. Die glücklichen Künstler jener Tage schufen mit dem Herzen, sie dachten nicht grübelnd über ihre Kunst nach, aber aus ihrer Seele wurde das Schöne geboren. Und der junge Künstler kam in die feste heilsame Erziehung der Werkstatt, da sah er arbeiten, sah erfinden — beides als etwas Selbstverständliches. Heute tappt der Kunstjünger jahrelang haltlos umher, bis er den Weg findet, den er gehen muß. Alle Tradition fehlt, sie ist seit der Herrschaft der Renaissance und dem Eindringen des Hellenismus zerrissen. Die Erfindung ist bei vielen nur Kombinationsgabe. Dazu kommt die Ausführung durch Arbeiter, die kein Schönheitsgefühl haben und die Kunst in minderwertiger Schnellarbeit verlottern. In dem unsicheren Gleiten und Suchen unserer Kunst trägt sie allmählich an der Bürde der Theorie. Der Herdschaden in das einseitige Hervorleben des Intellekts, unsere Kunst ist zu verstandesgemäß.

Wohl lehrte uns die moderne Malerei eine neue Art des Sehens, aber sie ist skizzenhaft geblieben; es fehlt ihr die harmonische Vollendung. Man vergleiche Klinger mit Michel Angelo.

Die mittelalterliche Naturerkenntnis war kindlich naiv — aber ihre Träger bauten die wunderbaren Dome und Münster. Die Kunst keimt im Gemüt, und der starke Wahrheitsdrang der letzten Jahrhunderte hat das inefuniseleben ausgelöscht. Man haben zwar in der exakten Wissenschaft die Natur bezwungen, aber den Glauben verloren. Ein Schrei der Sehnsucht nach etwas Fernem geht durch die Seelen. Die philosophischen Systeme noch Kant brachten es so wenig wie die religiösen Sekten. Auch in der modernen Mystik zur Mystik oder im Buddhismus liegt kaum die Erfüllung. Aber sie wird aus der Entwickelung selber kommen, der Intellekt wird sich selbst überwinden. Die neu aufkommende Phänologie sagt uns, daß das Wissen zwar nützlich, aber nicht Endzweck, nur Mittel sei. Der Wert der Dinge hängt davon ab, was sie für uns bedeuten.

So beginnt in der realen Welt eine neue Welt zu entstehen, die uns erregt, die wir lieben. Eine Welt der Zufriedenheit, der Leidenschaft, die Liebe zu ihr wird zu neuer Kunst führen. Diese Schönheitslehre läßt sich nicht durch Experimente lehren wie das Wissen. Man kann dazu nur hinführen, nur leiten. Nur wenn es auf uns wirkt, wenn wir es erleben, lieben wir das Schöne. Wenn viele es erleben, wenn viele so empfinden, in die Wechselwirkung wieder hergestellt. Dann haben wir die neue Kunst, dann wird das Hassliche verschwinden.

Elektrische Beleuchtung von Eisenbahnzügen. Im Verein deutscher Maschineningenieure hielt kürzlich der Geh. Oberbaurat Wichert einen eingehenden Vortrag über die elektrische Beleuchtung von Durchgangszügen der preußischen Staatsbahnverwaltung. Er führte etwa folgendes aus: Für die elektrische Beleuchtung der Fahrzeuge eines Personenzuges bieten sich, soweit die Erzeugung der elektrischen Energie in Frage kommt, zwei Möglichkeiten: entweder wird die Energie in jedem Fahrzeuge erzeugt, beim in ihm aufgespeichert, oder es wird für den ganzen Zug die elektrische Energie nur an einer einzigen Stelle erzeugt und durch Kabel den einzelnen Fahrzeugen zugeführt. Man kann diese beiden Arten kurz als Einzelwagenbeleuchtung und als Gesamtzugbeleuchtung bezeichnen. Vom Standpunkte des Betriebstechnikers aus ist die Einzelwagenbeleuchtung das Ideal, denn bei ihr ist jeder Wagen ohne Vorbereitung zu jeder Zeit und auf beliebige Dauer für die Beleuchtung bereit. Die Einrichtungen zur Beleuchtung bestehen hier aus einer von einer Wagenachse angetriebenen Dynamomaschine, einer kleinen Hilfsbatterie und aus einem Regulierungsapparat, durch den die Unregelmäßigkeiten der Stromerzeugung, hervorgerufen durch den Wechsel der Geschwindigkeit und Richtung des Zuges ausgeglichen werden sollen. Eine andere Art von Einzelwagenbeleuchtung ist die mittels großer Batterien, die von Zeit zu Zeit aufgeladen werden müssen, daß, daher die Batterien im Zuge belassen oder herausgenommen werden. In beiden Fällen wird die erforderliche elektrische Energie in besonderen Kraftwerken erzeugt. Diese Einrichtung ist weiter durchaus zufriedenstellend und hat den Vorzug, daß die Zugkraft der Lokomotive nicht beansprucht wird. Als Nachteile sind anzuführen, daß die Größe der Batterien mit der erzielten großen Leistung und längeren Brennzeit sehr bedeutend wird, daß die Kosten damit stark wachsen, und daß die Ladung der Batterien mit nicht erheblichen betriebstechnischen Schwierigkeiten verbunden ist. Bei der Gesamtzugbeleuchtung ist nur eine einzige Dynamomaschine notwendig, und könnte man mit einer einzigen Batterie auskommen, wenn der Zug stets geschlossen bleibt. Andernfalls wird man in jedem Wagen eine kleine Batterie unterbringen, da hierdurch der Wagen für eine bestimmte Zeit einen von der Dynamo unabhängigen Beleuchtungsapparat erhält. Auf Grund der Erwägungen, die im Schoße der preußischen Staatseisenbahnverwaltung angestellt wurden, entschloß man sich zur Ausführung einer Gesamtzugbeleuchtung unter Verwendung einer Dampfdynamo auf der Lokomotive und von Batterien in jedem Wagen, in der Hoffnung, daß es bei einer solchen Anordnung am leichtesten gelingen werde, die Kosten für Beschaffung, Unterhalt und Bedienung tunlichst herabzudrücken, vor allem aber den Anforderungen des Verkehrsdienstes in Bezug auf Einfachheit und Zuverlässigkeit am besten zu entsprechen. Auf der ersten Strecke sind die auf der Strecke Berlin—Zossen verkehrenden sogenannten Schnellzüge, die D-Züge Nr. 17 und 18, ausgerüstet worden. Andere Ausführungen von Zügen mit elektrischem Licht befinden sich in Arbeit. Für die Allgemeinbeleuchtung empfiehlt sich die Anbringung von Tiefenlampen, welche eine sehr gleichmäßige Beleuchtung erzielt wird. Außerdem sind in den Abteilen 1. und 2. Klasse noch vier Seitenlampen, je zwei auf jeder Seite, angeordnet, die von den Reisenden nach eigenem Belieben an- und ausgeschaltet werden können.

Die systematische Ausbeutung des Aberglaubens. Der Tiroler, ein Kampfblatt für die geistige Befreiung Tirols, bringt in seiner letzten Nummer einen Artikel: Das ärztliche Honorar für den heiligen Antonius. Die katholische Monatsschrift Bethlehem, Organ des Missionshauses Bethlehem, Herausgeber Pater M. Barral in Immenstadt (Schwarzwald), bietet einige lehrreiche Beispiele

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020624/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

4. Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

München, 23. Juni 1902.

Um 9½ Uhr vormittags begann im Theatersaal des Hotel Treffler zunächst die vierte Generalversammlung der Zentral-Invalidenkasse in Liquidation, die mit dem Verbande nur in einem sehr losen Zusammenhange steht. Die kurze Tagesordnung war rein geschäftsmäßiger Natur und bestand in der Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes für 1899, 1900 und 1901, ferner Neuwahl der Liquidationskommission und Sonstiges. Das Vermögen der Kasse bestand am Tage des Inkrafttretens der Liquidation, dem 2. Juli 1901, aus 1 149 798,11 M., am 1. April 1902 noch 612 571,72 M.; es ist mithin in den neun Jahren der Liquidationsdauer eine Abnahme von 528 214,39 M. = etwas über 54 Proz. Die Zahl der übernommenen Invaliden betrug am Tage des Eintritts der Liquidation (2. Juli 1890) 347, am 1. April 1902 151, mithin sind verstorben 196 = 55,6 Prozent. Durchschnittlich verstarben in den 9 Jahren jährlich 21,5 Invaliden. Im letzten Jahre wurden an Invaliden-Unterstützung à 1 M. gezahlt 7862,29 M., an Begräbnisgeld à 100 M. dagegen 1700 M. Die Verwaltung kostete 3890,18 M. Der Sitz der Kasse wurde von Stuttgart nach Berlin verlegt und in den Vorstand drei amtierende Personen des Verbandsvorstandes gewählt. Die weiteren Beschlüsse waren rein geschäftsmäßiger Natur und haben für die weitere Oeffentlichkeit kein Interesse.

Um 12½ Uhr war diese Generalversammlung erledigt und es trat eine Frühstückspause bis 1 Uhr ein.

Punkt 1 Uhr begann sodann im gleichen Lokale die **Generalversammlung des Verbandes**. Seitz- und Hanke-München begrüßten dieselbe namens des Ortsvereins München bezw. des Gaues Bayern. Der Vorsitzende Döblin begrüßte zunächst die aus dem In- und Auslande erschienenen Gäste und sodann wurden die notwendigen Kommissionen gewählt. Reimaller-Wien, Obmann des österreichischen Buchdruckerverbandes, begrüßt die Erschienenen namens seines Vereins. Döblin gedenkt des Hinscheidens des Kollegen Alois Kiefer-München, Redakteur des Süddeutschen Postillons, in warmen Worten und erheben sich die Delegierten zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Aus dem Rechenschaftsbericht, dessen Verhandlung den 1. Punkt der Tagesordnung bildet, seien folgende Ziffern wiedergegeben:

Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Verbandes betrug 1899 26 344, 1900 28 880 und 1901 30 756, sie hat sich also im Laufe des letzten Jahres um 2144 vermehrt und ist seit 1896 um 10 782 gewachsen. Im vierten Quartal 1901 betrug die Mitgliederzahl 31 731, die sich auf 1045 Druckorte verteilten gegen 865 im Jahre 1896. Entsprechend dieser Stärke sind auch die Leistungen des Verbandes sehr respektable. Der Verband rechnet mit einem Etat von 4 814 326,70 M., wovon 3 163 126,41 M. Vermögen in mündelsicheren Papieren usw. Die Unterstützungen für Reise, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Umzug, Begräbnis 2c. betrugen 1899 889 668,90 M., 1900 1 101 673,07 M., 1901 1 476 143,70 M. Die Gesamtsumme während der drei Berichtsjahre beträgt 3 478 701,36 M.

Nach einer kurzen Erläuterung des Geschäftsberichts durch Döblin rügt **Feuerstein**-Stuttgart die Haltung des Vorstands gegenüber der Sozialdemokratie, speziell in der Haltung desselben in der bekannten Broschüre gegen den Parteivorstand. Redner verliest eine Stelle derselben und fragt, wieso in jener Broschüre gerade eine bürgerliche Stimme zu Verbands-Gunsten zitiert wurde, während man die Arbeiterpresse, die uns unterstützte, ignoriert habe. Es giebt eine große Zahl Verbandsmitglieder als Parteiredakteure, die dadurch in einen Gewissenskonflikt gerieten.

Döblin konstatiert, daß es ihm menschlich begreiflich erscheine, wenn Mitglieder, die in der Partei eine gewisse Rolle spielen, diese Seite ihrer Thätigkeit als besonders wichtig betrachten, aber anderseits gehe ihm die gewerkschaftliche Arbeit über alles und zudem habe Rerhäuser sich ausdrücklich als Verfasser der betr. Broschüre bezeichnet, an den daher die Ausstellungen zu richten seien.

Rerhäuser wundert sich, daß sofort nach Beginn der Generalversammlung auch schon die angeblich unberechtigter Weise angegriffene Partei so warm in Schutz genommen werde. Die Erziehung der Mitglieder sei Endzweck der Broschüre gewesen, nicht Angriff auf die Partei. Nur Voreingenommenheit könne ihm vorwerfen, daß er Licht und Schatten ungleichmäßig verteilt hätte, auch Angriffe gegen die Unternehmer und die öffentlichen Einrichtungen seien dort enthalten. Es sei vielleicht jetzt der Moment gekommen, darauf hinzuweisen, daß die Partei seit je voller Animosität gegen den Buchdruckerverband gewesen sei. Eine reinliche Scheidung in dieser Hinsicht sei besser. Man müsse deutlich zu erkennen geben, daß der Verband sich nicht stets und ständig bedingungslos beschimpfen lasse. Gewiß sei es kein agitatorischer Moment, wenn nach Außen hin die Einmütigkeit des Verbandes in Frage gestellt werde. Er habe in der Broschüre eine bürgerliche Stimme angeführt, weil diese weit schwerer ins Gewicht falle, als die eines Arbeiterblattes, von dem es ja ganz selbstverständlich ist, daß es für die Arbeiterinteressen eintrete. Die Kritik an seinen Handlungen möge nicht von direktem Parteigefühl diktiert werden, sondern vom allgemeinen Standpunkte ausgehen. Es sei ein Unrecht, wenn man ihm unterschieben wolle, daß er sich bei seiner Haltung gegenüber der Partei nur von Rachegefühlen leiten lasse und seinen Posten lediglich zur Befriedigung persönlicher Animosität benutze. Man brauchte wahrlich nicht gleich nach Eröffnung der Generalversammlung die „unschuldige" Partei in Schutz zu nehmen, sondern thäte besser, einmal zu untersuchen, was der Verband während seines Bestehens schon der Partei und den allgemeinen Arbeiter-Interessen genutzt habe. (Bravo!) Statt dessen ergreife Feuerstein die erste beste Gelegenheit, um sich beim Parteivorstand wirkungsvoll einzuführen. (Beifall.)

Domink-Frankfurt meint, daß nach seiner Ansicht jene Kollegen, die als Parteiredakteure thätig sind, infolge ihrer zwischen Liebe und Unduldsamkeit schwankenden Haltung einen großen Teil der Schuld an der Verschärfung des Kampfzustandes zwischen Partei und Verband tragen. (Sehr richtig!) Sie hätten falschen und schiefen Darstellungen in der Parteipresse weit entschiedener entgegentreten müssen, als dies geschah. Man werde zu untersuchen haben, inwiefern die genannten Herren gegen ihre Pflichten als Verbandsmitglieder gefrevelt. (Bravo!) Redner erzählt ein Beispiel von politischer Maßregelung eines Kollegen, der erst dann Sozialdemokrat wurde, als er eine Redakteurstellung erhielt, und meint, daß die große sozialdemokratische Partei nicht so zimperlich sein möge, wenn in der Polemik scharfe Worte fallen.

Auf Antrag **Maßini**-Berlin wird diese Materie weiterberaten werden bei der Besprechung über die Haltung des Correspondent.

Zum Geschäftsbericht wird sodann die Haltung des Zentralvorstandes gegenüber der Kollegenschaft Rheinland-Westfalens stark kritisiert. Eine ganze Reihe Diskussionsredner verbreiten sich über Einzelheiten in dieser Angelegenheit. Von direkt beteiligter Seite wird angeführt, daß der Zentralvorstand an den jetzt bestehenden Zuständen selber Schuld trage. Man werde demselben bei der nächsten Tarifbewegung einfach auch die ganze Agitation für Einführung desselben übertragen und er werde dann Gelegenheit in ausreichendem Maße finden, zu konstatieren, daß das Vertrauen der Kollegen zum Zentralvorstande in sehr großem Maße geschwunden ist.

Döblin meint in seinem Schlußworte, es werde Sache der dortigen Delegierten sein, im Sinne des Friedens und gegenseitigen Entgegenkommens zu wirken, damit das Vertrauen zu einander so gestärkt werde, wie es im Interesse eines ersprießlichen Zusammenarbeitens notwendig ist.

Darauf wird der Bericht des Vorstandes zur Kenntnis genommen bez. die Genehmigung des Rechenschaftsberichtes ausgesprochen.

Nachdem noch ein Wahlprotest aus Kassel dahin erledigt worden, daß das angefochtene Mandat wohl für gültig erklärt, die Haltung des Frankfurter Bezirksvorstands in dieser Frage jedoch für geschmacklos erklärt wurde, und nach Verlesung einer großen Zahl Begrüßungstelegramme, wird die Sitzung um 4 Uhr nachmittags auf Dienstag vertagt.

Handel und Wandel.

Kreditanstalt und Ableger. Aus Dresden wird der Frankf. Ztg. geschrieben, daß die Liquidation des Instituts Fortschritte mache. Die Bank soll in der letzten Zeit ihren Besitz an Genußscheinen der Sinsheimer Mizzibräu-Aktiengesellschaft zu 900 M. pro Stück veräußert haben, während sie von ihrem Gesamtbesitz an Aktien der Sächsischen Straßenbahn in Plauen i. V. die Hälfte mit 65 Prozent fest verkauft und die andere Hälfte mit 67½ Prozent in Option gegeben haben soll.

Der Vorstand der Gesellschaft für industrielle Unternehmungen schreibt in seinem Geschäftsberichte: Zu den Opfern, die die vorjährige wirtschaftliche Krisis forderte, gehört auch leider die mit uns bisher eng liierte Kreditanstalt für Industrie und Handel, die sich zur Liquidation gezwungen sah, wodurch weiter unter anderen die Aktiengesellschaft Elektrizitätswerke (vorm. O. L. Kummer u. Komp.), die Vereinigten Steinbrüche im Plauenschen Grunde und die Sächsischen Akkumulatorenwerke, Aktiengesellschaft, genötigt waren, den Konkurs anzumelden, da sie sich plötzlich ihrer finanziellen Stütze beraubt sahen. Bei den drei zuletzt genannten Gesellschaften waren wir entweder durch Aktienbesitz oder durch gewährtes Darlehen wesentlich interessiert und erleiden durch deren Zusammenbruch empfindliche Verluste. Von den anderen Unternehmungen, an denen wir noch interessiert sind, erscheint der Bestand der Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke, Aktiengesellschaft, und der Danziger Elektrischen Straßenbahn zur Zeit gesichert, obwohl beide Gesellschaften für das vergangene Jahr keine Dividende verteilten. Unsere Bestände an Aktien dieser Gesellschaften, sowie von G. F. Milnes u. Co. Ld. haben wir daher wesentlich niedriger als voriges Jahr bewertet, wodurch wir weitere buchmäßige Verluste erleiden. G. F. Milnes u. Co. Ld. können. Die Maschinen- und Werkzeugfabrik vorm. Aug. Paschen hat in Anbetracht der schlechten Zeit einen günstigen Abschluß geliefert; Sie zahlt nach reichlichen Rückstellungen 5 Prozent Dividende, die Aussichten für die Zukunft sollen nicht ungünstig liegen. Dem niedrigen Kursstand der Aktien mußten wir auch Rechnung tragen. Die einzige Gesellschaft, an der wir keinen Verlust erleiden, ist die Kunstdruck- und Verlagsanstalt vorm. Müller u. Lohse. Konsortialverpflichtungen bestehen nicht mehr. Unsere Bestände sind zu kursen bewertet worden, bei denen weitere Verluste ausgeschlossen erscheinen, es im Gegenteil möglich ist, bei schließlicher Verwertung derselben einen Teil der großen Verluste, die wir erlitten haben, wieder hereinzubekommen. Den aus dem Konkurs der Sächsischen Akkumulatorenwerke zu erwartenden Eingang haben wir in der Bilanz mit Null bewertet. Der Gesamtverlust beträgt 2 142 060 M. Vom Effekten-Konto werden 1 023 204 M., vom Konto-Korrent-Konto 210 000 M. abgeschrieben, der Effektenreserve werden 915 556 Mark überwiesen. Die außenstehenden 75 Prozent der mit 25 Prozent eingezahlten Aktien Litt. C sind im Laufe d. J. eingefordert worden und bis auf einen kleinen Betrag eingegangen. Der am 30. d. M. stattfindenden Generalversammlung schlägt der Vorstand Reorganisation der Gesellschaft durch Aktienzusammenlegung vor, die Kreditanstalt für Industrie und Handel, in deren Besitz sich zwei Drittel des gesamten Aktienkapitals befinden, dringt jedoch auf Liquidation, da sie ihren Aktienbesitz nicht nach Wunsch veräußern kann.

Ein Konkurrenzprojekt gegen den Morgantrust. Die Hamb. Nachrichten schreiben: Von bestunterrichteter Seite wird uns bestätigt, daß Sir Christopher Turnefß in Gemeinschaft mit dem Direktor der Elder Dempster Linie Sir Alfred Jonas den Versuch macht, einen Teil der Lasten, welche diese beiden großen Reedereien infolge der gegenwärtigen schlechten Frachtanlage jedenfalls recht schwer empfinden, auf die Schultern der englischen Nation abzuwälzen. Ein englisches Sprichwort sagt: „Man muß das Heu machen, während die Sonne scheint." Nach diesem Worte wollen nun jene Reedereien die nationale Erregung, welche in ganz England über den Verfall der besten und größten nordatlantischen Linien herrscht, benutzen, um eine nach bisher genannten Summen geradezu ungeheuerliche Subvention einzuheimsen. Herr Generaldirektor Ballin hat in seiner vielbesprochenen Rede schon auf diese Gefahr aufmerksam gemacht. Er hat aber hinzugefügt, daß die Hoffnung nicht aufzugeben ist, daß der gesunde Menschenverstand schließlich in England doch den Sieg davontragen und die Regierung von diesem verhängnisvollen Schritte zurückhalten wird. Denn darüber kann ein Zweifel nicht bestehen, daß, wenn England mit solchen Subventionen vorangeht, die anderen seefahrenden Nationen nicht zurückbleiben können, und das würde für England im Hinblick auf den enormen Umfang seiner Handelsflotte schließlich eine Schraube ohne Ende werden müssen.

Daraus geht immerhin hervor, daß mit der Bildung des Morgan-Trusts eine Klärung der Situation einstweilen noch nicht eingetreten ist.

Im Prozeß Sanden und Genossen wurde am Montag die Verhandlung fortgesetzt. Bücherrevisor Huschke hat aus den Privatbüchern des Angeklagten Ed. Sanden, die mehr den Charakter von Notizbüchern haben, die Privatentnahmen desselben festgestellt. Danach betrugen diese im Jahre 1895 186 000 M. Darin liegen allerdings 43 000 M. Steuern und ungefähr 24 000 M. für Wohlthätigkeits- und kirchliche Zwecke. Im Jahre 1896 stellten sich die Privatentnahmen auf 203 000 M., darunter 36 000 M. für Steuern, ungefähr 9000 M. für Wohlthätigkeits- und kirchliche Zwecke. Angeklagter Ed. Sanden hat seinerseits Privataufstellungen gemacht, die etwas von diesen Daten abweichen. Nach seinen Ermittelungen haben diese Gesamtentnahmen betragen: 1895: 165 000 M., 1896: 162 000 Mark, 1897: 174 000 M., 1898: 178 000 M. und sie stiegen 1899 auf zirka 200 000 M., wobei der Angeklagte hervorhebt, daß er in den Jahren 1895 bis 1900 sehr große Ausgaben für schwere Krankheiten in seiner Familie gehabt habe.

Die Verhandlung kehrt hierauf wieder zur Erörterung des Verhältnisses der Aktiengesellschaft zur Firma Anhalt u. Wagener Nachfolger zurück. Trotz langer Erörterungen darüber läßt sich noch keine volle Klarheit gewinnen, und es sollen deshalb weitere Beweiserhebungen stattfinden. — Nächste Sitzung Dienstag.

Parteiangelegenheiten.

g. **Preßprozeß.** Der verantwortliche Redakteur der Oberfrank. Volksztg. in Hof, Genosse **Gossler**, wurde von der Warenfirma Rosenthal & Ko., daselbst, wegen Beleidigung verklagt. Die geschäftskundige Firma hatte an das Blatt das Ansinnen gestellt, zwei Inserate zum Preise von je 3 M. aufzunehmen, die bei der verlangten Größe nach dem Tarif 17,40 M. und 12,60 M. gekostet hätten, und Gossler nannte in einer Notiz dieses Angebot „unverschämt" und „erbärmlich". Er wurde dafür zu 10 M. Geldstrafe event. 8 Tagen Gefängnis verurteilt.

„Sozialdemokraten" auf der Presse-Ausstellung in Kopenhagen. In Kopenhagen ist dieser Tage anläßlich des nordischen Pressekongresses eine interessante Ausstellung eröffnet worden, die ein umfassendes Bild der Entwickelung und des gegenwärtigen Standes des dänischen Zeitungswesens bietet. Einen nicht geringen Raum nimmt die sozialdemokratische Presse ein. In dieser Abteilung der Ausstellung befindet sich auch eine bildliche Darstellung, die das Wachstum der Presse unserer dänischen Bruderpartei treffend illustriert. „Sozialdemokraten" wird durch einen mächtigen Baum symbolisiert, dessen 22 starke Aeste die Provinzblätter darstellen. Auf dem Stamm steht die Zahl 73 000, die Abonnentenzahl der sozialdemokratischen Presse Dänemarks; bei einer Einwohnerzahl von zirka zwei Millionen gewiß eine respektable Anzahl; aber mindestens viermal so groß ist die Zahl der Leser. An einer Seitenwand ist „Sozialdemokratens" Jubiläumsnummer vom Jahre 1896, als das hauptstädtische Organ sein 25. Lebensjahr erreicht hatte, ausgestellt. — Insgesamt werden in Dänemark 210 Tageszeitungen herausgegeben, davon 18 in Kopenhagen. Die Gesamtzahl der Exemplare, in der die dänischen Tageszeitungen erscheinen, beträgt 000 000.

Parteilitteratur. Das **Sozialdemokratische Reichstags-Handbuch**, herausgegeben von Max Schippel, ist nunmehr bis zur Schluß-Lieferung erschienen. Wir halten das Buch für ein unentbehrliches, lehrreiches Nachschlagebuch, das wir, namentlich im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen, unseren Lesern zum Studium empfehlen. Auch jetzt noch kann, um jedem Arbeiter die Anschaffung zu ermöglichen, das Werk in Heften à 20 Pf. bezogen werden. Probehefte versendet der Verlag gratis und franko.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ein ungeheuerliches Attentat auf das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter haben, wie Genosse E. Brunte der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung schreibt, die Stockholmer Eisenindustriellen unternommen, und zwar durch eine im höchsten Grade brutale Aussperrung als

---

spiele dafür, was der Heilige Antonius zu stande bringt und wie er dafür bezahlt wird. Im letzten Dezemberheft findet sich folgendes Eingesandt aus dem Rheinland: „Anbei erhalten Sie 55 M., davon sind bestimmt wie folgt: Vorige Woche konnten wir in Teilungssachen unter uns Geschwistern nicht recht übereins kommen. Da nahm ich meine Zuflucht zum heiligen Antonius und versprach 5 M., und gleich darauf hat die Sache sich geebnet. Die übrigen 50 M. sind für folgendes: Voriges Jahr im März litt ich an einem Magenübel, und zwei Aerzte erklärten Magenkrebs, und da ich auch an Schwerhörigkeit leide, nahm ich meine Zuflucht zum heiligen Antonius und sandte Ihnen 5 M., damit Sie für mich beten möchten und versprach, falls ich erhört würde, 100 M., und es in ihrem Monatsheftchen veröffentlichen zu lassen. Da nun über 1 Jahr verflossen ist und ich von dem Magenübel, ich kann wohl sagen, nichts mehr gespürt habe, sende ich Ihnen die Hälfte, diese 50 M., und denke damit meine Pflicht erfüllt zu haben." Der fromme Mann verlangt viel von dem heiligen Antonius. Dafür bezahlt er aber auch wohl. Der Mann scheint übrigens dualistisch zu sein, ob der heilige Antonius mit der halben Zahlung zufrieden ist. Grund ist wohl, weil er die Schwerhörigkeit nicht auch kuriert hat. Ferner finden wir unter Dankbriefen noch auch kuriert hat. Ferner finden wir unter Dankbriefen: „Lob und Dank dem heiligen Antonius von Padua, er hat unsere Not wieder hergestellt. Ihm zu Ehren und für seine Armen sende 2 Franken in Briefmarken; er hätte zwar mehr verdient, aber er ist schon zufrieden, wenn man giebt, was man kann." Der heilige Antonius war demnach für den Mann wohl billiger als ein Tierarzt. Für was alles klingender Dank geleistet wird, dafür zum Schlusse noch eine kleine Blütenlese: Für den glücklichen Verlauf einer Entbindung 10 Franken. Für Glück im Stall 5 Franken. Für Auffindung eines Rechenfehlers 1 Franken. Für Befreiung von Zahnschmerzen 5 Franken. Für glücklichen Vorübergang einer schweren Stunde 5 Franken 50 Cent. bis 6 Franken.

Wie Goethe aussah. darüber liegt eine bisher unbekannte Schilderung aus dem Jahre 1810 vor, die von dem Schweizer Baron Andreas Adolf Merian herrührt und sich in der Vaterländischen Bibliothek zu Kassel unter den noch unbenutzten Aufzeichnungen des Barons gefunden hat. Hoffmann-Krayer veröffentlicht sie im neuen Bande des Goethe-Jahrbuches zusammen mit einem bekanntlosen Brief des Dichters. Die Schilderung lautet: „Goethe war einfach angezogen, trug Stiefel, runden Hut, keine Orden. Seine Haare sind schwarz (?) mit Grau untermischt. Er hat eine sehr hohe, etwas zurückgehende Stirn, wie Jacobi und alle großen Dichter. Sein Kopf, der eher jammat ist, hebt sich gegen oben hinten zu. Schwarz und schön und immerfort in Bewegung sind seine Augen. Das Antlitz ist länglich und gefurcht, die Nase adlerisch. Seine Gestalt ist ansehnlich, gerade, fast zurücklehnend; sein ganzer Anstand mäßig, sehr ernst, beinahe trocken. Er sprach von ganz gewöhnlichen Dingen auf eine ganz gewöhnliche Weise. Das thut er mit Fleiß (d. h. absichtlich). So war Goethe im September 1810."

eg. **Vom Storche.** Ueber den Frühlingszug des weißen Storches veröffentlicht W. Capek in der Schwalbe das Beobachtungsmaterial, das auf verschiedenen Stationen in Oesterreich während der Jahre 1897 und 1898 gewonnen worden ist. Der Storch ist nicht sehr empfindlich gegen das Wetter, er setzt seine Wanderung nach Norden selbst bei schlechter Witterung fort. Siebenmal wurde beobachtet, daß die Störche mit dem Winde, einmal, daß sie gegen den Wind nach Norden, einmal daß sie ebenso nach Südosten zogen. In vier Fällen kam der Wind den ziehenden Vögeln von der Seite. Das heißt wohl, daß sie auch auf den Wind nicht allzuviel Rücksicht nehmen. Die Vögel legen ihre Reise nicht in einem Zuge zurück, vielmehr ruhen sie sich öfters einmal eine Stunde aus. Störche pflegen gesellig zu wandern, die einzelnen Züge sind aber verschieden stark, in 27 Fällen ging dem Zuge der Storch voraus, der wohl ein Männchen gewesen sein dürfte. Im Frühling die Ankunft eines einzelnen Vogels schon im Frühling die Ankunft eines einzelnen Vogels voraus, der wohl ein Männchen gewesen sein dürfte. Der Storch überfliegt auf seiner Wanderung auch die Gebirge, wenn schon er in den Alpen nur selten gesehen wird. Von Niederösterreich und Nordwest-Ungarn ziehen die Störche nach den Sudetenländern und diejenigen, die nach Galizien und Schlesien weiterziehen, überfliegen die Sudeten und die Karpathen. Die Zeit, in welcher man in einer Gegend überhaupt wandernde Störche beobachten kann, währt meist 8—15 Tage, mitunter aber auch viel länger. Während der Brutzeit der Störche sieht man mitunter einzelne Individuen oder auch Scharen umherstreifen. Die Ursache davon ist vermutlich, daß die Tiere im Brüten gestört worden sind, oder daß infolge von Trockenheit irgend ein Sumpf oder ein Gewässer sein Wasser und damit seine Frösche und sonstigen Bewohner verloren hat, von denen die Störche sich nähren. Dadurch werden sie gezwungen, nach anderen Orten zu wandern. Unter den Umherziehenden befinden sich aber auch sehr viele Männchen, unfreiwillige Hagestolze, die das Unglück hatten, keine Ehehälfte zu finden.

Zur Geschichte der Pflanzengeographie. Die Forschung über die geographische Verteilung der Pflanzen ist gegenwärtig ein sehr wichtiger Zweig ebenso der geographischen wie der botanischen Wissenschaft geworden. Nun ist jüngst in einer Doktorarbeit, die Hugo Brepl bei der naturwissenschaftlichen Fakultät in Straßburg eingereicht hat, der Nachweis versucht worden, daß die Anfänge dieser Forschungen bereits in der Zeit Alexanders des Großen zu suchen seien. Eine sorgfältige Untersuchung der berühmten Pflanzengeographie von Theophrast hat ergeben, daß gewisse Beschreibungen darin wahrscheinlich auf Nachrichten beruhen sind, die von dem großen Heerzug Alexanders des Großen nach Indien herstammen müssen, so namentlich die Beschreibung der Luftwurzeln bei der bengalischen Feige. Jedenfalls hatten die alten Griechen bereits Kenntnis von einigen wichtigen Thatsachen der Pflanzengeographie, z. B. wußten sie, daß in allen Ländern zwischen Makedonien und Indien die Fichte fehlt. Auch die Schriften von Aristoteles und seinen Schülern enthalten manche pflanzengeographische Angaben.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. Wie die Berl. tierärztl. Wochenschr. mitteilt, hat sich das preußische Staatsministerium dafür entschieden, daß die Zulassung zum Studium der Tierarzneikunde von der Ablegung der Reifeprüfung eines Gymnasiums oder Realgymnasiums abhängig gemacht werden soll. — Eine Ausstellung sächsischer Kunst resp. eine Ausstellung von Werken zeitgenössischer in Sachsen schaffender oder geborener Künstler plant für das nächste Jahr die Dresdner Kunstgenossenschaft. Die geplante Ausstellung soll während der Monate Mai bis August in den Ausstellungssälen des Sächsischen Kunstvereins auf der Brühlschen Terrasse stattfinden.

Litterarisches. Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 18. Heft des 20. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Etwas über Prinzipienpolitik. — Drei Schweizer Wohnungsgenossenschaften. Von E. Hugo. — Das neuseeländische Ideal. Von M. Beer. (Schluß.) — Die „Alldeutschen". Von R. Tschuppik (Prag.) — Ueber die ökonomische Lage der Provinzschauspieler. Von B. B. — Litterarische Rundschau: Oesterreichische Arbeiter-Sängerzeitung. — Feuilleton: Briefe von Karl Marx an Dr. L. Kugelmann. (Fortsetzung.)

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die Neue Zeit unter Nr. 5780 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020624/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vorspiel des Generalstreiks zur Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts. Jetzt 6000 bis 7000 Arbeiter werden davon betroffen, einschließlich der schon seit Pfingsten ausgesperrten Arbeiter der Aktiengesellschaft Separator, deren Zahl 1000 beträgt. Die Arbeiter der genannten Gesellschaft wurden, wie bekannt, kürzlich entlassen, weil sie durch den Willen des Direktors der Gesellschaft an dem Generalstreikstande der Stockholmer Arbeiter teilnahmen. Jetzt haben diese Woche die größeren mechanischen Werkstätten ihre Arbeiter ausgesperrt, vorläufig um einen Zahlen der Kampfes beim Separator herauszutreiben, d. h. mit anderen Worten, eine Sympathieaussperrung, um die Arbeiter zu zwingen, sich der Unternehmerwillkür zu unterwerfen. Sie wollen „Herren im eigenen Hause bleiben". Wenn sie, und mit Verschärfung, hier brutalen Handlungsweise führen zu der Behauptung auf, unter den Arbeitern gäbe es eine große Minorität, die nichts lieber wollte als in Ruhe und Frieden unter ihrer Leitung zu arbeiten, eine gründliche Enttäuschung erfahren der gewerkschaftlichen Organisation. Jahre machen die Organisationen der Arbeiter „schnell" werden, sowohl in welchen Mitteln man arbeiten muß, und sogar es auch die Unternehmer. Wir geben nach, wenn die Namen der maßgebenden Gesellschaftsorganisationen der Herren Wallenberg in Schweden und anderen deutschen Firmen in der Kampfesfront stehen, wie: Aktiengesellschaft Separator, die neue Aktiengesellschaft Atlas, Vereinigte mechanische Werkstätten, J. A. G. Polyder Aktiengesellschaft, Aktiengesellschaft Stockholms Motor Fabriken, Aktiengesellschaft Wickhunde Kugelfabrik, Aktiengesellschaft Le Napole Lampenfabrik (die letztere auch in Deutschland bekannt), Ab. Wickhunds Werkstätte Aktiengesellschaft, G. Lindbergs Werkstätte und Werkzeugmaschinenfabrik, Nordiska Gummi- und Packningsfabriksaktiengesellschaft, die Aktiengesellschaft Carlstad Gummiwerke, alles aktienmäßige Unternehmungen, moderneren Stils. — Arbeitsangebote nach Schweden sind natürlich zu ignorieren.

Das Wachstum der spanischen Gewerkschaften. Die im Jahre 1888 unter sozialistischer Führung gegründeten spanischen Arbeiterorganisationen zählten 1899 27 Zeitungen mit nur 8000 Mitgliedern und wegen des Aufstands 1902 auf 227 Zeitungen mit einem Mitgliederstande von 82 775 Personen, alle zusammen das gesamte Land den angebrachten Sammelstellen. Die sich den spanischen Sozialisten besonders in der Bekämpfung der Klassenjustiz bietet, eine immer mehr bemerkbarmachende Steigerung. Aus die nächste Zukunft erhofft man ein schnelleres Anwachsen.

Soziales.

Ein doppelter Verlust steht der badischen Fabrikinspektion bevor. Dr. Wörishofer, der auf dem Gebiet der Gewerbeinspektion bahnbrechend gewirkt hat, gedenkt seinen Abschied wegen erschütterter Gesundheit zu nehmen. Auch das weibliche Mitglied der badischen Fabrikinspektion, Frl. Dr. v. Richthofen, das sich mit der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit das größte Vertrauen der Arbeiterinnen erworben hat und auch in Dresden durch ihr unparteiisches von sozialem Verständnis zeugendes Auftreten in einer Frauen-Versammlung wohlthuend von dem Verhalten der sächsischen Beamtinnen der Fabrikinspektion abstach und sich die Herzen der proletarischen Arbeiterinnen im Sturme eroberte, verliert dem Staatsdienst; Frl. v. Richthofen wird sich demnächst verheiraten.

Aussperren. Das Gewerbegericht veröffentlicht eine wichtige Entscheidung des Gewerbegerichts in Weimar betr. den § 615 des B. G. B. Ein Arbeiter war bei einem Arbeitgeber für einen Stundenlohn von 55 Pf. bei zehnstündiger Arbeit beschäftigt und es wurde ihm bei der Lohnzahlung am 7. August v. J. vom Beklagten bedeutet, daß er vom nächsten Montag den 9. ab „aussetzen" oder „einige Tage aussetzen" müsse, da keine Arbeit für ihn da sei. Kläger widerspricht dem Aussetzen und der letztmaligen Behauptung. Alles dieses steht fest, ebenso auch, daß in der That während der Zeit des „Aussetzens" Arbeiter, darunter auch einige ganz junge, erst seit wenigen Wochen beim Beklagten eingetreten, beschäftigt worden sind. Kläger fordert als Entschädigung den Tagelohn für eine Woche, d. i. 6 × 3,30 M. = 21 M. Beklagter widerspricht: er habe Kläger nicht entlassen, wenn ihm die Arbeit, auf die er gerechnet und für die er den Kläger bestimmt habe, entgangen sei, könne er doch dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Der Beklagte ist verurteilt. Aus den Gründen: Der Arbeitsvertrag ist ein zweiseitiger Vertrag, der von keinem Teil ohne Zustimmung des anderen Teiles geändert werden kann. „Ausreichende Beschäftigung" (B. G. B. § 124, 1) und Lohnzahlung gehören zu den Grundlagen des Arbeitsvertrags. Entzieht dieser der Arbeitgeber dem Arbeiter ohne dessen Einverständnis, so macht er sich eines Vertragsbruches schuldig und wird schadenersatzpflichtig. Insofern hat das „Aussetzenlassen mit der Arbeit" gleiche Wirkung wie die rechtswidrige Entlassung (B. G. B. § 122, 124). Erschwerten Betriebsstörungen die Erfüllung des Vertrages, so hat der Unternehmer sich deshalb mit dem Arbeiter ins Einvernehmen zu setzen, wenn er sich dessen Arbeitskraft über die Zeit der Störung hinaus sichern will, oder muß ihm kündigen, kann ihn aber nicht durch Aussetzenlassen plötzlich arbeits- und verdienstlos machen.

Da gerade in diesen Tagen, besonders am Montag anläßlich der Verordnung des Montags, zahlreiche Arbeiter auf Anordnung des Arbeitgebers, der damit jedenfalls seinen Patriotismus und seine Königstreue zeigen wollte, haben aussetzen müssen, so kann von ihnen auf Grund von § 615 die Bezahlung dieser Stunden verlangt werden, wenn nicht in der Arbeitsordnung oder durch Arbeitsvertrag ausdrücklich der § 615 für sie ungültig gemacht worden ist. Die Unternehmer sind nämlich leider so anständig, der Arbeiterin, die meistens gar keinen Anlaß zum Aussetzenlassen der Arbeit bei solchen Gelegenheiten haben und die der Lohnausfall natürlich hart trifft, diese Zeit zu bezahlen. Bei ihnen geht der Patriotismus meistens eben nur bis an den Geldbeutel.

Arbeiten und beraten soll der Vorstand sein. Dem Vorstand der Buchbinder-Organisation in Hannover wurde folgendes Schreiben zugesandt:

Auf unserem Herrn Kap schriftlich gestellter Antrag zu Zahlen gegen G. . . . ist durch die heutige Verhandlung vor dem hiesigen Gewerbegerichte wohl hinfällig geworden und wir sind damit erledigt. Herr G. ist nicht allein mit seiner Klage abgewiesen, sondern auf auch nach von Herrn Zensator Just den wohlgemeinten expliziten Rat mit auf den Weg bekommen, sich in Zukunft artiger und einsichtiger seinem jetzigen Arbeitgeber gegenüber zu betragen.

Wir dürfen sich daher wohl empfehlen, wenn Sie Ihrem Vorstande Ihres Verbandes auch in dieser Beziehung etwas mehr ergänzend auf Ihre Genossen einwirken.

Achtungsvoll

Hannov. Gewerkschaftsbund. Zahrt

W. Oldenburg. Nadel.

Andreas Kap.

Der in dem Schreiben benannte Arbeiter G. hatte entgegen einer Bestimmung der Arbeitsvorschriften der Buchdruckerei daher die Aufbewahrung der Buchdrucker an seine Kollegen in der Druckerei abgegeben. Weil diese Verteilung der Zeitungen in der Druckerei verboten war, wurde G. ohne Kündigung entlassen. G. glaubte, die Uebertretung des Arbeitsverbots sei kein Grund zur sofortigen Entlassung und klagte deshalb beim Gewerbegerichte auf Zahlung einer Entschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Das Gewerbegericht stellte sich indes auf den Standpunkt, daß die Entlassung des G. gerechtfertigt sei und wies ihn mit seiner Entschädigungsklage ab. — Der „gute Rat" des Zensors war, wenn er wirklich gegeben wurde, ganz überflüssig.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht.

-e. **Der Schwindel im Gastwirtsgewerbe** scheint hierorts beinahe ebenso häufig und zahlreich zu sein, wie der in der Bauspekulation. Der Gastwirt Johann Moritz Arthur Schulze, gebürtig aus Bautzen, konkte Ende Juli v. J. ein auf der Fabriker Straße gelegenes Hausgrundstück mit Restaurant für 74 500 M. und 5000 M. für Inventar. Es fehlten an der vereinbarten Anzahlung 1000 M. und der bisherige Besitzer wollte nicht mit dem Handel eingehen. Schulze wußte ihn jedoch zu bestimmen, seine Möbel für die fehlende Summe entweder kauflich anzunehmen, ihm aber zu überlassen, bis er sie zurückkaufen könne. Schulze hat nun eine Weile gewirtschaftet und im Februar d. J. das Geschäft verkauft und auch schließlich die Möbel für den Preis von 625 M. Zum war der frühere Besitzer um seine 1000 M. gekommen, die er allerdings ohnehin eingebüßt hätte, denn — die Möbel gehörten der Frau des Angeklagten. Das Gericht beurteilt den Fall als einen mindest schweren und erkannt auf drei Monate Gefängnis.

Schöffengericht.

. **Wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung** wurde der Kaufmann Arno Georg Reichelt, Inhaber der Firma Gebr. & Co. in Grenzhain zu 10 M. Geldstrafe oder zwei Tagen Gefängnis verurteilt. In der Fabrik des Angeklagten, bzw. Seifenfabrik verarbeitet, wurde im März und April eine Anzahl minderjähriger Arbeiterinnen länger als elf Stunden täglich beschäftigt. Reichelt entschuldigte sich damit, daß ihm seine Arbeiterinnen gebeten hätten, länger arbeiten zu dürfen, damit sie etwas mehr verdienen. Weshalb die Sache vor dem hiesigen Gericht verhandelt wurde, erfuhr man nicht.

Versammlungen.

Das Gewerkschaftskartell hielt am 20. d. M. seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Unentschuldigt fehlten die Vertreter der Bäcker, Buchdruckereiarbeiter, Handlungsgehilfen, Holzarbeiter, Bildhauer, Steinsetzer, Tabakarbeiter (Schlag- und Etzenhainer). Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Vom Vorstand wird berichtet, daß er sich in letzter Zeit eingehend mit den Kassenangelegenheiten beschäftigt habe. Seitens der Revisoren wird bekannt, daß die Kassenbücher eingehend geprüft und Einnahmen und Ausgaben für richtig befunden haben. Nur die Bilanz der Kasse, das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben, bedarf einer gründlichen Neuregelung. Schon im vorigen Jahre hat die Kasse mit einem großen Defizit gearbeitet, was nur möglich war, wegen der großen Kassenbestände von früheren Jahren mit aufgebraucht werden ist. Infolgedessen ist dem früheren Kassierer ein Vorwurf zu machen. Bei großerer Umsicht und Uebersicht der Kassenverhältnisse hätte derselbe schon längst eine Regelung herbeiführen müssen. Der gleiche Vorwurf gilt auch den früheren Revisoren. Die notwendigen regelmäßigen Ausgaben betragen nach den früheren Jahren 1000 Mark, während dieser nur eine Einnahme durch Mitgliedsbeiträge von 700 Mark gegenüber stehe. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Beiträge zu erhöhen. Nach dem Berichte der Generalkommission giebt es nur wenig Gewerkschafts-Kartelle, welche einen so geringen Beitrag, wie gerade das Dresdner Kartell, erheben. So beträgt der Beitrag bei nur 30 Kartellen unter 20 Pf., 20 Pf. aber bei 102 Kartellen, bis 10 Pf. bei 10 Kartellen, bis 60 Pf. bei 16 Kartellen usw. Wenn in Betracht gezogen wird, daß zunächst erst einmal das Defizit der Kasse gedeckt werden muß, andererseits aber die Ausgaben des Kartells größere und dadurch die Unkosten bedeutendere werden, so sieht sich der Vorstand veranlaßt, den Mitgliedern vorzuschlagen, den Beitrag auf jährlich 20 Pf. festzusetzen und erwartet hierzu die Zustimmung der Gewerkschaften um so mehr, da bedeutend kleinere Kartelle, so das des Plauenschen Grundes, ebenfalls schon längst 20 Pf. Beitrag erheben.

In dem Bericht des Vorstandes entwickelt sich eine lebhafte Debatte. Wenn auch der größere Teil der Mitglieder die Erhöhung der Beiträge von 5 auf 20 Pfg. für notwendig erachtet, finden einige Vertreter die Mehrforderung gleich zu hoch, dem aber entgegengehalten wird, daß in den vergangenen Jahren stets Extrabeiträge erhoben worden sind, wir aber auch nicht einmal die allernotwendigsten regelmäßigen Ausgaben durch einen 10 Pfg. Beitrag bestreiten können. Schließlich gelangt ein Antrag zur Annahme, daß den Vertretern eine ausführliche Kassenberechnung zugestellt wird und sie dann in ihren Kreisen zur Erhöhung der Beiträge Stellung nehmen können.

Die Gewerkschaften werden aufgefordert, ihre weiblichen Beruf angehörigen auf die seit 1. April d. J. jeden Donnerstag abend im Verein für Volksbildung, Amalienstraße, tagende Beschwerdekommission für Arbeiterinnen aufmerksam zu machen und sie zur Benutzung zu empfehlen. Auch soll die Kommission in allen Gewerkschaften mit größerer Anzahl weiblicher Arbeitskräfte Versammlungen veranstalten, wo über den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz gesprochen werden soll.

Von den sonstigen Vereinsangelegenheiten ist noch zu berichten, daß die Maurer sich ebenfalls organisiert haben. Es sind noch 13 Gewerkschaften, welche ihre Jahresberichte noch nicht abgerechnet haben. Sie werden aufgefordert, dies umgehend zu thun. Diejenigen Gewerkschaften, welche auf die Protokolle des Gewerkschaftskongresses zu dem ermäßigten Bezugspreis von 20 Pf. reflektieren, haben umgehend ihre Bestellungen bei dem Schriftführer anzumelden.

Zum Schluß wird vom Vorstand mitgeteilt, daß unser langjähriger Vertrauensmann Genosse Viemide aus Gesundheitsrücksichten von dem Posten des 1. Vorsitzenden zurücktritt. Der Vorstand schlägt vor, daß derselbe seinen Posten mit dem 2. Vorsitzenden tauscht. Das Kartell stimmt dem bei, nachdem Genosse Viemide nochmals um Entlassung aus Gesundheitsrücksichten ersucht hatte.

Plauenscher Grund. Der Verein Zentralkommission aller Branchen hielt am 19. d. M. seine Monatsversammlung im Deutschen Haus in Potschappel ab mit der Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Unentschuldigt fehlten die Delegierten der Metallarbeiter und Schuhmacher, entschuldigt die Bergarbeiter. Der Vorsitzende teilte zunächst mit, daß das geplante Sommerfest am 3. August stattfinden. Nach dem kann man an den Gewerkschaftskonzerten zu sprechen und wurde beschlossen, über denselben in einer Gewerkschaftsversammlung Bericht erstatten zu lassen. Das Referat soll Reichstagsabgeordneter Sachse übernehmen. Ein Versuch, die Textilarbeiter zu organisieren, soll unternommen werden. Eine Anfrage, wie weit die Arbeiten in den Glasshütten Sonntags zu gestatten sind, wurde von den Delegierten der Glasarbeiter dahin beantwortet, daß alle Arbeiten, außer die Unterhaltung der Oefen, die Verteilung der Glasmassen und Bereitstellung derselben, lediglich noch vier volle Stunden in drei aufeinander folgenden Sonntagen, nicht gestattet sind. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. (Eing. 23. 6.)

Eine öffentliche Schuhmacherversammlung tagte am Montag den 16. Juni, abends 9 Uhr, im Saale des Polizeiamtes. Bei Neuwahl eines Vertrauensmannes gleich Bahrd auf eine Anfrage, warum er seinen Posten niederlegt, die Erklärung ab, es sei nicht notwendig, einen Beisitzer für Sachsen anzustellen, da er nicht genügend Beschäftigung habe. Sodann erklärt Kollege Ludwig im Auftrage der Kommission: „In Anbetracht der jetzigen Situation halten wir es nicht für gut, einen Kollegen aus unserer Mitte zu wählen und empfehlen der Versammlung, keinen Vertrauensmann zu wählen und ersuchen den Vorstand, wieder einen besoldeten Beamten zu ernennen." Im weiteren wurde nach längerer Debatte folgende Resolution mit 65 gegen 36 Stimmen angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Schuhmacher erklärt sich mit dem Vorschlag der Kommission einverstanden, jetzt in Erwägung, daß sich immer noch zwei Parteien bemerkbar machen, und hält daher einen unparteiischen Kollegen als Beamten für das beste; deshalb fordert sie einen besoldeten auswärtigen Beamten von dem Vorstand. Die Versammlung ersucht ferner alle in Vorschlag gebrachten Kollegen, im Interesse der Organisation von der Wahl ihrer Person Abstand zu nehmen, und weiter die Lokalkommission zu beauftragen, sofort mit dem Vorstand in Verbindung zu treten, sowie auf Verlangen des Kollegen Bahrd die Uebernahme des Materials zu bewirken und die Geschäfte der Bezirks so lange unentgeltlich zu führen, bis der Vorstand einen Kollegen dazu bestimmt hat." Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Eing. 21. 6.)

Sattler. Am 14. Juni fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Wendsche über den Wert der Tarifgemeinschaften sprach. Seine interessanten Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Hierauf entspann sich eine lebhafte Diskussion über Einführung eines Tarifs in der Reisesattlerbranche. Mehrere Redner verwarfen sich mit mit dagegen und betonten, daß dazu erst eine starke Organisation gehört, daß man die Gewalt dafür hat, den Tarif dann auch durchdrücken zu können. Einer trickt für derselben und beantragt, eine Kommission von drei Mann zu wählen, die sich mit der Feststellung des Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Ort befassen soll. Dieser Antrag wird mit 36 gegen 11 Stimmen abgelehnt und die Sache dem Agitationskomitee übergeben. Im Schlußwort fordert Genosse Wendsche die Anwesenden auf, treu zur Organisation zu halten, wenn auch der Tarif bis vorerst verloren gegangen ist. Nachdem noch beschlossen wurde, den Punkt Agitationsfonds mit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, für den 28. Juni ein Vergnügen stattfindet, hat die von ca. 50 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen. (Eing. 21. 6.)

Neues aus aller Welt.

Nicht gemeingefährlich. In Berlin ist ein Mordversuch von einem „nicht gemeingefährlichen" Geisteskranken verübt worden. Der 24 Jahre alte Arbeiter Alexander Pierath hatte im vergangenen Jahre mit einem 17jährigen Mädchen Anna Strauch ein Verhältnis an. Einige Monate später wurde er nach der Irrenanstalt Dalldorf gebracht, wie er das eingeschlachtet, auf Veranlassung des Mädchens. Als er nun nach acht Monaten am 13. Mai als geheilt und nicht gemeingefährlich aus der Anstalt entlassen wurde, suchte er mit der Anna Strauch sofort wieder anzuknüpfen, während das Mädchen ihn wiederholt mied. Sonnabend nacht nun lauerte er der Frau in der Badstraße auf, versetzte ihr einen Faustschlag ins Gesicht und wollte sie, Zum Glück hat gerade eine Schutzmannsfrau bei der Frau Pierath, versetzte ihr einen Faustschlag ins Gesicht und wollte sie. Zum Glück hat gerade eine Schutzmannsfrau bei der. Der beiden Beamten befahlen die Uebertäter, die mit Verletzungen im Gesicht und den Wurgemalen am Halse davontrugen und brachten Pierath nach der Revierwache in der Exerzierstraße. Von hier wurde er später weiter nach Dalldorf gebracht. Da er sich bei der Tat widerstrebte, so mußte man ihn fesseln.

Ein Nachklang vom Kuniner Mord. Gegen den Schlächtergesellen Adolf Bernau aus Moritz, jetzt in Berlin, ist das Ermittelungsverfahren wegen Mordes bezw. Beihilfe zu dem Mord an dem Gymnasiasten Ernst Winter nach Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Marienwerder endgültig eingestellt worden. Auf Grund einer Anzeige war nach dem Mordes Prozeß ein Ermittelungsverfahren gegen Bernau eröffnet worden. Es wurde Gutachten der Obermedizinalbehörde der Provinz Westpreußen und den Tod Ernst Winters eingefordert, ferner wurde eine Anzahl Zeugen vernommen, aber es stellte sich die Grundlosigkeit der Beschuldigungen gegen Bernau heraus, und das Verfahren wurde eingestellt. Gegen diesen Beschluß führten nun die Terroristen Beschwerde beim Oberlandesgericht und forderten gleichzeitig ein Gutachten der wissenschaftlichen Deputation des Medizinalkollegiums ein. Dieses Gutachten fiel, wie wir seiner Zeit berichteten, zu Gunsten Bernaus aus. Die Beschwerde wurde auch infolgedessen von der Begründung vom Oberlandesanwalt zurückgewiesen, daß gegen Bernau gegen Bernau vorliege und daß deshalb auch nicht gegen Bernau bezw. Beihilfe gegen den Beschuldigten vorgegangen werden könne. Neuer dieser Beschluß wurde wiederum die erneuerliche Einscheidung des Strafsenats beim Oberlandesgericht angerufen, der mitteilt, die völlige Einstellung des Verfahrens gegen Bernau beschlossen hat.

Wegen Ueberschwemmungsgefahr wurde am Sonnabend in Mainz bei Gelegenheit die Schleuse des Rhein-Main-Kanals geöffnet. Während der Arbeit lösten sich mehrere Balken los und rissen die unter ihnen arbeitenden Personen in die Fluten. Der Brandmeister Atlas wurde getötet, zwei Personen wurden schwer, mehrere andere leicht verletzt.

Bunzlau. 23. Juni. Der Bober ist übergetreten. In Goldberg ging ein Wolkenbruch nieder. Laut Meldung der Bobertal beträgt der Hochwasserstand drei Meter.

Danzig. 23. Juni. Ueber die Vororte Schidlitz, Oliva, Langfuhr und Wonneberg ging ein Wolkenbruch nieder. Viele Wohnungen sind überschwemmt. Die tiefer liegenden Wohnungen stehen unter Wasser.

Breslau. 21. Juni. Nach einer Meldung aus Pleß brachen die Teiche zwischen Lonkau Gorzallowitz an mehreren Stellen und es entstanden Bretchen von zusammen 100 Meter Länge. Auch in Gurow und Wohlau brachen Teiche an mehreren Stellen. In Wohlau sind 21 Gehöfte unter Wasser. Menschen und Vieh konnten mit Mühe gerettet werden. Das Land bis an die polnische Grenze gleicht einem Meere, aus dem nur Giebel der Häuser und Baumkronen hervorragen. Die Ernte auf Hunderten von Hektaren ist vernichtet.

Arbeiterrüste. Bei Arbeiten auf dem englischen Schiff Dangerous Compiegne im Hamburger Hafen brach die Verbindung und mitzog mit dem Gerüstgerüst unter die auf Deck arbeitenden Leute herab. Einer wurde getötet, zwei wurden schwer verletzt.

Hochwasser in Ungarn. Infolge andauernden Regens sind aus einigen Landesteilen, besonders aus den Komitaten Arad und Temesch, Hochwasser gemeldet; einzelne Ortschaften sind teilweise überschwemmt; die Saaten sind geschädigt.

Krakau. 21. Juni. Nach dem neuerlichen andauernden Regenwetter hat sich die Situation wieder verschlimmert. Die Weichsel und ihre Nebenflüsse steigen abermals. Der Schaden an Feldern, Brücken, Straßen und Gebäuden ist sehr groß. In hiesiger Gegend ist eine große Anzahl Ortschaften überschwemmt.

Krakau. 21. Juni. In den Ueberschwemmungen sind nach gemeldet: Ganze Stadtteile sind überflutet. Die Einwohner konnten zu ihren Wohnungen nur mittels Notbrücken oder in Kähnen gelangen. Der Schaden ist sehr groß. Auch Verluste an Menschenleben sind zu beklagen. Der Bahnverkehr ist vielfach gestört. Sämtliche auf der Weichsel und deren Nebenflüssen gelegenen Dörfer sind gleichfalls überschwemmt, Hab und Gut der Bewohner sind vernichtet. Während der Nacht hat sich die Situation bedeutend gebessert, das Wasser ist um einen halben Meter gefallen. (B. T.)

Automobilunfall bei Bern. In der Nähe der Stadt Bern ereignete sich Montag morgen ein schwerer Automobilunfall. Der bekannte Brauereibesitzer Bürgi mit seinem Automobil, in welchem sich außer seiner Frau, seiner ein Mechaniker befanden, fuhr einem Wagen zu, wobei sämtliche Insassen des Automobils und ebenso auch der Kutscher des Wagens schwere Verletzungen erlitten.

Erdbeben in Unteritalien. In Cassano Jonico wurde Sonntag morgen ein starkes, von unterirdischem Getöse begleitetes Erdbeben verspürt, das jedoch keinen Schaden anrichtete.

Bei einem Zusammenstoß zweier elektrischer Bahnen bei Perugia in der Nähe von Mailand wurden am Montag abend 15 Personen verletzt, von denen 7 schwere Verletzungen erlitten.

Lüttich. 23. Juni. In St. Nikolas fand in einer Bergarbeiterkneipe eine blutige Schlägerei statt, wobei drei Arbeiter durch Pistolenschüsse tödlich verletzt wurden. Ein Angeregter wurde durch die Schüsse so erregt, daß er einen Schlaganfall erlag.

Eine zweite Feuersbrunst brach am Sonntag bei heißem Wetter im Tatarenviertel zu Wladiwostok aus, die sich über acht Straßenzüge verbreitete. Eine Frau kam in den Flammen um.

London. 21. Juni. Daily Mail meldet aus Sierra Leone: Ein großer Waldbrand wütete im Staate Westafrika. Viele Pächter mit ihren Familien kamen in den Flammen um. Es wurden die größten Anstrengungen gemacht, um die Bevölkerung zu retten. Ein Teil der Bevölkerung benutzte einen Dampfer, der mit Mühe die brennende Wasserstraße durchfuhr. Mehrere Personen wurden getötet, andere trugen Verletzungen davon. Die von der Brandung eingeschlossene Strecke betrug 12 Kilometer.

Aus Martinique meldet ein dem französischen Ministerium des Auswärtigen zugegangenes Telegramm vom Sonnabend, daß die Nacht und der Sonnabend Morgen ruhig verlaufen seien. Man hofft, daß die Ruhe weiter anhält. In der Gemeinde Macouba sind die Arbeiten wieder aufgenommen.